

DENK-doch-MAL.de

Das online-Magazin

ARCHIV

Ausgabe 04-18

Die gespaltene Gesellschaft: Kann es sozialen Frieden in Deutschland geben?

Editorial

Christoph Butterwegge: Gespaltene Gesellschaft: einmal unten – immer unten?

Dierk Hirschel: Ein Haushalt für ein gerechtes Land

Andrä Wolter: Soziale Disparitäten bei den Bildungschancen im Spiegel der Nationalen Bildungsberichterstattung

Roman Lutz: Gesellschaftliche Spaltung – was kann Bildungspolitik leisten?

Bernd Kaßebaum: Für eine Revolution des Schulsports

Gerhard Labusch-Schönwandt: Durch Fußball zum politisch interessierten Menschen?

Christiane Benner: Transformation der Arbeit – Wie bleiben Gewerkschaften stark?

Rezension zu Marco Maurer: Du bleibst was du bist – Die Rezension

Zitieren:
Name, Titel, aus:
DENK-doch-MAL (ARCHIV)
Ausgabe 4_18, S. xyz
(<https://denk-doch-mal.de/>)

Editorial

Von: **Dr. Bernd Kassebaum** (Mitglied der Redaktionsgruppe von DENK-doch-MAL)

Nach den positiven Erfahrungen des letzten Jahres sollen auch die Beiträge der diesjährigen, gemeinsam von der Akademie für Politischen Bildung, der IG Metall und dem KAB Bildungswerk durchgeführten Tutzinger Tagung in dieser Ausgabe von DENK-doch-MAL .de veröffentlicht werden. Das Konzept dieser jährlich stattfindenden Tagungen ist mit „Denken am See“ gut überschrieben, verbinden sich doch damit die Ansprüche an einen quer zu den Alltagsgeschäften der Teilnehmenden organisierten inhaltlichen und politischen Diskurs mit den Annehmlichkeiten einer wunderbar gelegenen Bildungsstätte.

In dieser Online-Ausgabe sind zusätzlich zu den Beiträgen der Referenten der Tutzinger Tagung weitere wichtige Aspekte behandelt worden, die allesamt schon auf der Tagung angesprochen, aber aus Zeitgründen nicht systematisch behandelt werden konnten. Dafür ist den Autoren zu danken. Zu danken ist auch den Beiträgen von Teilnehmenden, die ihre Diskussionsbeiträge zur Basis von ergänzenden Statements gemacht haben sowie den Referenten, die ihre Beiträge ausformuliert haben. Christiane Benner, zweite Vorsitzende der IG Metall, die krankheitsbedingt nicht teilnehmen konnte und sich vertreten ließ, hat ihren Beitrag zur Verfügung gestellt. Ewald Lienen, Ex-Fußballer und Trainer, war bereit, dass sein Vortrag journalistisch aufgearbeitet wurde. Diese Aufgabe hat Dr. Bernd Kassebaum übernommen.

Das Thema der Tagung, „Die gespaltene Gesellschaft“, war mit der Frage versehen, ob es in Deutschland sozialen Frieden geben könne. Die Frage ist nicht, ob die Gesellschaft gespalten ist, sondern es geht darum, die Prozesse der sozialen Desintegration zu analysieren und daraus politischen Strategien oder wie am Beispiel des Sports zu zeigen sein wird, auch Alltagsstrategien abzuleiten. Das ist ein hoher Anspruch.

Die politische Debatte wird bewusst immer weiter nach rechts geschoben. Der unsägliche Ausspruch des Bundesinnenministers Seehofer, die Migration sei „die Mutter aller Probleme“ ist dafür nur ein Indiz von vielen anderen und bei weitem deutlich aggressiveren Zuschreibungen und Behauptungen. Die zunehmend chauvinistisch geführte und in Erinnerung an den historischen Faschismus wie zur Klassifizierung der aktuellen Diskurse neonazistischer Gruppen und Denkfabriken auch als „völkisch“ zu bezeichnende Auseinandersetzung verdeckt die sozialen Ursachen der gesellschaftlichen Spaltungsprozesse. Sie lockt Politik und Gesellschaft auf den fatalen, brutalen und antidemokratischen Holzweg der Ausländerfeindlichkeit.

Die sozialen Aspekte sollten aber im Zentrum der Analyse und nachfolgend im Zentrum der Erörterung notwendiger und möglicher politischer und sozialer Maßnahmen stehen. Nach Recherche von Oxfam gingen im letzten Jahr 82% des globalen Vermögenswachstums an das reichste Prozent der Weltbevölkerung, während die ärmere Hälfte – rund 3,7 Milliarden Menschen – leer ausging. Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr als die Hälfte des Weltvermögens. In Deutschland besitzen nach Angaben des Deutschen Instituts für

Wirtschaftsforschung (DIW) 45 Haushalte so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Die Bekämpfung sozialer Ungleichheit im globalen wie im nationalen Kontext gehört zu den zentralen Aufgaben von Politik und Gesellschaft.

Auf der Tagung wurde versucht, Politik, Arbeitswelt und Sport zusammen zu führen. Soziale Spaltung ist – da wird es keinen Widerspruch geben – Herausforderung für eine sozial ausgerichtete Gesellschafts- und Sozialpolitik. Ihre Bekämpfung muss Gewerkschaften und Betriebsräte in Mitbestimmungs- und Arbeitspolitik leiten. Aus sozialer Armut resultierende Bildungsarmut ist Gegenstand von gestaltender Bildungspolitik. Sport kann sozial integrierend wirken, Sport ist auch Medium von außerschulischer Jugendbildungsarbeit. Fragen der Qualifizierung, von Bildung und Bildungsstrukturen schimmern überall durch. Bildung, so Thomas Ressel, Leiter des Ressorts Bildungs- und Qualifizierungspolitik beim Vorstand der IG Metall und einer der Veranstalter der Tagung, sei ein zentraler Ansatzpunkt zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und zur Schaffung von mehr sozialer Durchlässigkeit.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, bekannt für seine Forschungsarbeiten zu Armut, ungleicher Verteilung und Rechtsentwicklung und ehemaliger Kandidat der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten, schätzt, dass auf der Basis der Zahlen des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung und anderer Untersuchungen in Deutschland „rund 32 Millionen Menschen (...) quasi von der Hand in den Mund“ leben. Pointiert formuliert: „Sie sind nur eine Kündigung oder eine schwere Krankheit von der Armut entfernt.“ Verantwortlich dafür macht er die neoliberal ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre, namentlich die Veränderungen im Rentensystem, die Einführung des Niedriglohnbereichs und die sog. Hartz-Reformen sowie die Maßnahmen im Steuerrecht. An die Stelle der Aufstiegserwartung sei die Erfahrung mit oder die Angst vor sozialem Abstieg getreten und damit auch ein Nährboden für die Botschaften von AfD und PEGIDA geschaffen worden. Politisch setzt sich Christoph Butterwegge für einen aktiven und Interventionen nicht scheuenden Sozialstaat ein. Notwendig sei eine „Agenda der Solidarität in einer inklusiven Gesellschaft“.

Dr. Dierk Hirschel, Wirtschafts- und Finanzexperte von ver.di und einer der zusätzlichen Autoren, setzt sich mit der Finanzpolitik der Großen Koalition auseinander. Einerseits ist positiv zu konstatieren, dass die durch die positive wirtschaftliche Entwicklung vorhandenen Spielräume im Bundeshaushalt für Investitionen, darunter auch viele Maßnahmen im Bildungsbereich, genutzt werden sollen. „Auf den ersten Blick“ – so Hirschel – „klingt Scholz Erzählung einer soliden, gerechten und zukunftsorientierten Finanzpolitik überzeugend. Der neue Kassenwart ist kein Sparkommissar.“ Er verwende die aktuellen Haushaltsüberschüsse für Investitionen und höhere Sozialleistungen, nicht zur zusätzlichen Schuldentilgung. Kritisch zu sehen sei jedoch, dass diese Maßnahmen den tatsächlichen Bedarf an Investitionen nicht abdecken könnten. Dafür sind die Umverteilungen der letzten Bundesregierungen, die notwendige Verschuldung der Staaten aufgrund der Bankenkrise und die Einführung der Verschuldungsgrenzen von der europäischen bis zur kommunalen Ebene verantwortlich. Die politischen Spielräume für eine aktive Finanzpolitik sind dadurch mehr als eng geworden. Ein Ansatz könnte sein, öffentliche Investitionen von der Schuldenbremse auszunehmen.

Prof. Dr. Andrä Wolter, renommierter Hochschul- und Bildungsforscher, Mitautor am Bildungsbericht der Bundesregierung und Mitglied im Wissenschaftlichen

Beraterkreis von ver.di und IG Metall, stellt in seinem ebenfalls zusätzlich geschriebenem Beitrag wesentliche Daten und Zusammenhänge zur sozialen Ungleichheit im Bildungsbereich dar. Soziale Ungleichheiten sind ein Bestimmungsfaktor durch alle Bildungsphasen und durch alle Bereiche des Bildungssystems. Ungleich verteilte Bildungschancen im frühkindlichen Bereich und der (Grund-Schule) setzen sich in der Bildungsbiografie fort. Frappierend ist der Zusammenhang der primären Ungleichheit, z.B. der Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler, mit den Faktoren der sog. sekundären Ungleichheit, z.B. den nach sozialer Herkunft geprägten Bildungsentscheidungen der Eltern.

Benachteiligungen nach dem Migrationshintergrund sind differenziert zu betrachten. So sind die Unterschiede zwischen den Herkunftsländern beträchtlich. Aber auch bei den Abschlüssen sei Vorsicht anzuraten. Während es bei höheren Bildungsabschlüssen kaum Unterschiede zwischen Personen mit oder ohne Migrationshintergrund gebe, liegt „die deutlichste Differenz (...) im Anteil derjenigen, die über überhaupt keinen Schul- und Berufsabschluss verfügen, der bei den Personen mit MH (Migrationshintergrund, d.Verf.), mehr als drei Mal so hoch ist wie bei denjenigen ohne MH.“ Eine Veränderung dieser Situation sei aufgrund der historischen Erfahrungen und der hinter der gegenwärtigen Struktur des Bildungsbereichs liegenden mächtigen sozialen Interessen nur schwer vorstellbar. Ansetzen könne man aus Sicht des Autors an den Schnittstellen und Übergängen im Bildungssystem. „Institutionelle Durchlässigkeit in soziale Durchlässigkeit zu überführen bleibt eine zentrale bildungspolitische Aufgabe.“

Roman Lutz, Abteilungsleiter Bildungs- und Wissenschaftspolitik bei der Arbeitskammer des Saarlandes in Saarbrücken, hat seinen Diskussionsbeitrag von Trutzigen auszuformuliert. Ihm geht es darum, Defizite der Sozial- und Bildungspolitik zu benennen und daraus Maßnahmen abzuleiten, um die gesellschaftliche Spaltung zu bekämpfen. Für ihn ist der Zusammenhang von Elternarmut und Bildungsarmut der Kinder eine besondere Herausforderung. Kritisch geht er mit der von Kanzlerin Merkel ausgerufenen „Bildungsrepublik“ um. Auf der Basis der Tatsache, dass Deutschland ein „reiches“ Land sei, ist der enorme Sanierungs- und Investitionsstau auch zu beheben, wenn die Politik die richtigen Entscheidungen treffe. Kritisch setzt sich Roman Lutz mit der Verengung von Bildung auf das ökonomisch Notwendige auseinander. „Politische Bildung (gehört, d.Verf.) mehr denn je zu den dringenden Notwendigkeiten und zu den unerlässlichen und zu pflegenden Bestandteilen einer demokratischen politischen Kultur.“

Mit dem Beitrag von **Ewald Lienen**, Technischer Direktor beim Zweitbundesligaclub 1. FC St. Pauli, wird die Bestandsaufnahme sozialer Spaltungsprozesse auf ein wichtiges Teilfeld der Gesellschaft, den Sport, ausgeweitet. Ihm ging es in seinem Vortrag um die Wechselwirkungen von Sport und Gesellschaft. Einerseits spiegeln sich im Sport, namentlich im Profifußball, soziale Spaltungen der Gesellschaft, wider und würden durch die weitreichende Kommerzialisierung des Fußballs neue und zusätzliche Widersprüche erzeugt. Andererseits habe der Sport Möglichkeiten, die die Schule und die Ausbildung oft nicht hätten. Sport verfüge über eine hohe Integrationswirkung und sei für die Persönlichkeitsentwicklung, Gesundheitsförderung und für die Demokratieerziehung wichtiger und erfolgsträchtiger Ansatzpunkt. Notwendig seien die Reformierung des Sportunterrichts und seine Aufwertung in der Schule. Auch Auszubildende sollten die Möglichkeit erhalten, regelmäßig Sport zu treiben. Die Sportvereine müssten besser gefördert werden,

indem jedem Verein ein Jugendbildungsreferent zur Seite gestellt wird. Gefördert werden müssten auch die Projekte in den Stadtteilen, z.B. Kiezprojekte, wie sie von St. Pauli unterstützt würden.

Auf die Möglichkeiten und Grenzen des Breitensports für die politische Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht **Gerhard Labusch** ein. Er stellt ebenfalls ein ausformuliertes Statement von der Tagung zur Verfügung. Gerhard Labusch war lange Zeit Betriebsrat und ist bis heute in vielen Gremien der Berufsbildungspolitik ehrenamtlich aktiv. Zudem war er Fußball-Jugendtrainer und hat diese Praxis zum Ausgangspunkt seines Statements gemacht. Grundsätzlich sei es möglich, die Jugendlichen „über die Förderung von Bewegung und Teamfähigkeit für gesellschaftspolitische Themen zu sensibilisieren“. Dies setze aber bessere Rahmenbedingungen voraus, sei es die materielle Förderung von Sport in den allgemein- und berufsbildenden Schulen oder die Bereitstellung von Sportplätzen für Vereine und die vereinslose Sportjugendarbeit. Sport sei in seinem Sinn Jugendsozialarbeit. Wichtig seien zudem die Qualifikation der Trainer und ihre darauf aufbauende Trainingspraxis. Damit der Sport die genannten sozialen Aufgaben ausfüllen könne, sei ein Wechsel von der „wissensbasierten“ zur „handlungsorientierten“ Trainingsarbeit nötig. Sein Fazit ist optimistisch: „Nach meinen eigenen Erfahrungen kann es gelingen unterschiedliche Kulturen, Persönlichkeiten und Fähigkeiten so zu verbinden, dass die Mannschaft zu einem Team wird und das nicht nur auf dem Fußballplatz.“

Christiane Benner, zweite Vorsitzende der IG Metall, diskutiert die Möglichkeiten gewerkschaftlichen Handelns im sog. digitalen Transformationsprozess. Gewerkschaften und Betriebsräte sind unabdingbar wichtige Akteure im Kampf gegen soziale Spaltung und Ausgrenzung in Gesellschaft und Betrieb. Die Digitalisierung der Arbeitswelt und andere „Megatrends“ wie Elektrifizierung der Automobilität, die Globalisierung und die Feminisierung der Arbeit wirken in ihrem Zusammenspiel wie ein Katalysator auf die Veränderungen der Arbeitswelt. Um in Gesellschaft und Betrieben auch weiterhin als starke Interessenvertretung agieren zu können, sei es wichtig, vorhandene Verhandlungs- und Gegenmacht zu erhalten und auszubauen. Hierzu werden verschiedene Ansätze wie die Beteiligung der Belegschaften und der Mitgliedschaft sowie die Gestaltung neuer mit der Digitalisierung einhergehenden Arbeitsformen wie z.B. die Ausweitung der sog. Scheinselbstständigkeit diskutiert. Im Zentrum ihrer Ausführungen stehen „fünf Punkte für innovative Mitbestimmung in der Digitalisierung“. In diesem „Fünf-Punkte-Plan“ nimmt die Qualifizierung der Belegschaften eine besondere Rolle ein. Qualifizierung sieht sie herbei als große gesellschaftliche Aufgabe, die von den Betrieben und der Gesellschaft gemeinsam angegangen werden sollte.

Dr. Klaus Heimann, freier Journalist in Berlin und in der Tagungsleitung der Veranstaltung in Tutzingen, steuert zu dieser Online-Ausgabe von DENK-doch-MAL.de eine Rezension bei. Es ist das Buch von Marco Maurer: Du bleibst, was du bist – Warum bei uns immer noch die soziale Herkunft entscheidet. Es geht Marco Maurer, dem Jungen aus Bayern, um Gerechtigkeit in Deutschland, genauer gesagt um Bildungsgerechtigkeit. Es geht ihm um ein „chancengerechteres Bildungssystem“, das er in seiner Zeit nicht fand. Auch jetzt, Jahre später, hat er es bei seiner ausgiebigen Recherche in Deutschland nicht gefunden. Stattdessen fand er ein Land, in dem die Herkunft eines Menschen über seine Bildungsbiographie,

seine Berufskarriere, seine soziale Stellung und damit über sein ganzes Leben entscheidet. Es gefällt ihm ganz und gar nicht, dass „Du bleibst was Du bist“.

Der Reiz der Tagung bestand darin, Akteure aus unterschiedlichen Feldern zusammen zu führen. Die Spaltung als soziales Phänomen ist Ergebnis einer Einkommens- und Vermögenspolitik, welche die Vermögenden begünstigt und die Armen vom Wohlstand ausschließt. Die Politik ist ebenso gefordert wie die Gewerkschaften, einen Beitrag zur Abkehr von diesem Weg und zur Rückkehr zu einem Weg der Schaffung solidarischer Arbeits- und Lebensverhältnisse zu leisten. Dass das Thema der sozialen Spaltung nicht nur in Politik und Betrieben virulent ist, ist eine Binsenweisheit. Der Gang durch eine durchschnittliche Großstadt sollte dafür die Augen öffnen. Mit der Thematisierung des Sports wurde ein soziales Feld in die Debatte einbezogen, dass im gesellschaftlichen Diskurs oft fehlt. Dabei sind es die vielen Jugendtrainerinnen und -trainer, die wöchentlich und ehrenamtlich ihren Beitrag für die Integration und den sozialen Zusammenhalt leisten.

In diesem Sinne sollen die Beiträge einen Bogen spannen von der Politik zur ehrenamtlichen Arbeit, von der Gesellschafts- über die Bildungs- zur Sportpolitik. Die Spaltung der Gesellschaft – darin lassen sich die Ansätze einen – muss überwunden werden.

Noch ein Hinweis in eigener Sache

Mit dieser Ausgabe von DENK-doch-MAL.de verlässt der ‚Vater des Projekts‘, Dr. Klaus Heimann, die Redaktionsgruppe, um andere journalistische Aufgaben anzupacken. Das ist schwer vorstellbar, ist Klaus Heimann doch seit Anfang an dabei, ist Ideengeber, motiviert, treibt die Heftverantwortlichen an und setzt im Hintergrund mit großem Zeitaufwand unzählige kleine und große Dinge um. Klaus, wir wünschen dir alles Gute und hoffen inständig, dass du DENK-doch-Mal.de als gelegentlicher Autor und immer als kritischer Begleiter erhalten bleibst.

Die Redaktionsgruppe

Das Kardinalproblem: Soziale Ungleichheit

Gespaltene Gesellschaft: einmal unten – immer unten?

Von: **Prof. Dr. Christoph Butterwegge** (*emeritierter Politikwissenschaftler und Armutsforscher, Universität zu Köln, Buchautor*)

GESPALTENE GESELLSCHAFT Seit geraumer Zeit bildet die wachsende soziale Ungleichheit das Kardinalproblem der Menschheit schlechthin. Im globalen Maßstab resultieren daraus Krisen, Kriege und Bürgerkriege, aber auch Flüchtlingsströme größeren Ausmaßes, denn Armut ist gewissermaßen die Mutter aller Migrationsbewegungen.

Im nationalen Rahmen stiftet die zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen ebenfalls Unfrieden, obwohl es hierzulande aufgrund des gegenüber Staaten der sog. Dritten bzw. Vierten Welt erheblich höheren Wohlstandsniveaus bisher (noch) nicht zu größeren sozialen und politischen Verwerfungen gekommen ist.

Die zerrissene Republik

Betrachtet man die Sozialstruktur der Bundesrepublik, zeichnet sich eine Polarisierung ab, die auch im internationalen Vergleich extrem stark ausgeprägt ist. Wie im Fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erneut dokumentiert, zeigt sich die Verteilungsschieflage vornehmlich beim Vermögen, das sich zunehmend bei wenigen Hyperreichen konzentriert, die über riesiges Kapitaleigentum verfügen und meistens auch große Erbschaften machen. Während die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung laut dem Regierungsbericht 51,9 Prozent des Nettogesamtvermögens besitzen, kommt die ärmere Hälfte der Bevölkerung gerade mal auf 1 Prozent. Stellt man die statistische Unsicherheit bei der Erfassung von Hochvermögenden in Rechnung, dürfte die reale soziale Ungleichheit noch viel größer sein, als es solche Zahlen erkennen lassen. Jedenfalls schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dass sich ein Drittel (31 bis 34 Prozent) des Gesamtvermögens beim reichsten Prozent der Bevölkerung und zwischen 14 und 16 Prozent des Gesamtvermögens beim reichsten Promille der Bevölkerung konzentriert. Rund 32 Millionen Menschen leben hingegen quasi von der Hand in den Mund, pointiert formuliert: Sie sind nur eine Kündigung oder eine schwere Krankheit von der Armut entfernt.

Nach den Maßstäben der Europäischen Union gelten 12,9 Millionen Menschen in Deutschland als von Armut betroffen oder bedroht. Sie haben weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung, was für einen Alleinstehenden 969 Euro im Monat entspricht. Damit ist die Armuts(risiko)quote so hoch wie noch nie seit der Vereinigung von BRD und DDR. Besonders stark betroffen sind Erwerbslose, Alleinerziehende und Familien ohne deutsche Staatsangehörigkeit, aber auch junge und alte Menschen: Knapp 2,7 Millionen Kinder und Jugendliche (20,2 Prozent aller Unter-18-Jährigen) in Deutschland lebten 2016 laut Mikrozensus unterhalb der EU-offiziellen Armuts(gefährdungs)grenze. Ungefähr genauso hoch ist die Zahl der Armutsbetroffenen und -gefährdeten im Alter von über 64 Jahren.

Knapp 1.000 Lebensmitteltafeln versorgen hierzulande regelmäßig ca. 1,5 Millionen Menschen mit Essen, von denen sich ungefähr ein Drittel im Kindes- und ein weiteres Drittel im Seniorenalter befinden. Häufig werden aus Minderjährigen in (einkommens)armen Familien arme Erwachsene, die wieder arme Kinder bekommen, und später arme Senior(inn)en. Deshalb kann man der Kinderarmut, die meist Familien- bzw. Mütterarmut ist, und der Armut im Alter gar nicht genug Aufmerksamkeit schenken.

Armut ist für die Politik kein Thema

Gleichwohl blieben beide Problemlagen im Bundestagswahlkampf 2017 weitgehend unbeachtet. Überhaupt spielten die sozialpolitischen Themen wie gewohnt nur eine Nebenrolle. Armut wird nicht eben als gesellschaftliches Problem, vielmehr als selbst verschuldetes Schicksal begriffen, das im Grunde eine gerechte Strafe für den fehlenden Willen oder die Unfähigkeit darstellt, sich bzw. seine Arbeitskraft auf dem Markt mit ausreichendem Erlös zu verkaufen, wie der Reichtum umgekehrt als angemessene Belohnung für eine Leistung betrachtet wird, die im Falle eines Börsenspekulanten auch ganz schlicht darin bestehen kann, den guten Tipp eines Anlageberaters zu befolgen.

In der Bundesrepublik galt jahrzehntelang das soziale Aufstiegsversprechen, dem sich auch ihr großer wirtschaftlicher Erfolg verdankte: „Wer sich anstrengt, fleißig ist und etwas leistet, wird mit lebenslangem Wohlstand belohnt.“ Aufgrund der globalen Finanzkrise 2008/09 ist es der Angst vieler Mittelschichtangehöriger gewichen, trotz guter beruflicher Qualifikation und harter Arbeit sozial abzustiegen. Da die soziale Aufstiegsmobilität unter dem Einfluss des Neoliberalismus spürbar nachgelassen hat, saugen rechtspopulistische Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) und Gruppierungen wie die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) Honig aus der zunehmenden Verteilungsschieflage. Ihre demagogische Propaganda deutet die Letztere als Ergebnis der Machenschaften einer korrupten Elite und einer gezielten

Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme. Arbeitsmigrant(inn)en, Geflüchtete und Muslime werden hierdurch zu Sündenböcken für die Zunahme der sozialen Ungleichheit.

Dass die Gesellschaft zunehmend in Arm und Reich zerfällt, ist kein unsozialer Kollateralschaden der Globalisierung, sondern „hausgemacht“, d.h. durch falsche Weichenstellungen der politisch Verantwortlichen bedingt. Die sozialen Polarisierungstendenzen lassen sich auf die öffentliche Meinungsführerschaft des Neoliberalismus und von ihm durchgesetzte oder beeinflusste Reformen zurückzuführen. Entwicklungsprozesse in drei Kernbereichen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems seien angeführt, die auf politischen (Fehl-)Entscheidungen der Regierungen unterschiedlicher Zusammensetzung bzw. der sie tragenden Parteien beruhen:

Erstens ist durch die Einführung der Riester-Rente und die Teilprivatisierung der Altersvorsorge kurz nach der Jahrtausendwende, also schon vor Gerhard Schröders berühmt-berüchtigter Bundestagsrede, die den Namen „Agenda 2010“ trägt, der Sozialstaat im Allgemeinen und die Gesetzliche Rentenversicherung im Besonderen demontiert worden. Trotz jahrzehntelanger Beschäftigung und Beitragszahlung können Arbeitnehmer/innen ihren gewohnten Lebensstandard im Alter damit nicht mehr halten. Denn das Sicherungsniveau vor Steuern ist von seinerzeit 53 Prozent auf 48,2 Prozent des Durchschnittsverdienstes heute gesunken. Trotz des Versprechens der Großen Koalition von CDU, CSU und SPD, es bis zum Jahr 2025 bei 48 Prozent zu stabilisieren, kann es auf 43 Prozent im Jahr 2030 sinken, ohne dass die Bundesregierung eingreifen muss; 41,7 Prozent hat die damalige Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles für das Jahr 2045 errechnen lassen, wenn dem nicht durch eine neuerliche Rentenreform begegnet wird.

Zweitens wurde der Niedriglohnsektor, in dem mittlerweile fast ein Viertel aller Beschäftigten tätig sind, durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes zum Haupteinfallstor für Erwerbs-, Familien- bzw. Kinder- und spätere Altersarmut. Mit den „Agenda“-Reformen wurde der Kündigungsschutz gelockert, die Leiharbeit liberalisiert und die Lohnarbeit prekariert (Einführung der Mini- und Midijobs sowie Erleichterung von Werk- und Honorarverträgen). Die mit dem im Volksmund „Hartz IV“ genannten *Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* drastisch verschärften Zumutbarkeitsregelungen und drakonische Sanktionen der Jobcenter insbesondere für Unter-25-Jährige, denen nach zwei Pflichtverletzungen (z.B. Ablehnung eines Bewerbungstrainings und Abbruch einer Weiterbildungsmaßnahme) die Geldleistung entzogen und die Miete nicht mehr bezahlt wird, setzten auch Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften unter enormen Druck. Unter dem Damoklesschwert von Hartz IV akzeptierten diese Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Senkungen der (Real-)Löhne. Niedrigere Löhne, beispielsweise von Leiharbeitern in der Automobilindustrie, führten zu höheren Unternehmensgewinnen. So bezog das reichste Geschwisterpaar der Bundesrepublik, die Konzernerbinnen Stefan Quandt und

Susanne Klatten, im Mai 2018 für das Vorjahr eine Rekorddividende in Höhe von 1,126 Milliarden Euro nur aus BMW-Aktien.

Drittens war mit der Agenda 2010 eine Reform der Einkommen- und der Unternehmensbesteuerung verbunden, die zur Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich beigetragen hat. Hohe (Kapital-)Einkommen und Unternehmensgewinne werden seither geringer als jemals zuvor nach 1945 besteuert, während die Rot-Grün folgende erste Große Koalition unter Angela Merkel die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent erhöhte, obwohl die CDU-Vorsitzende im Wahlkampf nur eine Anhebung um zwei Prozentpunkte gefordert und die SPD gegen diese „Merkel-Steuer“ polemisiert hatte. Firmenerben wurden kaum noch besteuert, weshalb das Bundesverfassungsgericht von ihrer „Überprivilegierung“ sprach. Nach der Reform des *Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes* durch CDU, CSU und SPD kann man jedoch unter bestimmten Voraussetzungen weiterhin einen ganzen Konzern erben, ohne auch nur einen Cent betriebliche Erbschaftsteuer zahlen zu müssen.

Für eine Agenda der Solidarität als Grundlage einer inklusiven Gesellschaft

Wenn man Inklusion nicht bloß als (sonder)pädagogisches Prinzip, sondern auch – in einem sehr viel umfassenderen Sinne – als gesellschaftspolitisches Leitbild begreift, muss ein inklusiver Wohlfahrtsstaat, der eine gleichberechtigte Partizipation aller Wohnbürger am gesellschaftlichen Reichtum wie am sozialen, politischen und kulturellen Leben ermöglicht, das Ziel sein. Nötig wäre ein Paradigmenwechsel vom „schlanken“ zum interventionsfähigen und -bereiten Wohlfahrtsstaat. Grundlage dafür müsste ein Konzept bilden, welches unterschiedliche Politikfelder (Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik) so miteinander verknüpft, dass die Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen gelingt.

Die von der Bundesregierung im August 2018 per Kabinettsbeschluss auf den Weg gebrachte „Stabilisierung des Rentenniveaus“ bis zum Jahr 2025 reicht als Zielmarke nicht aus, weil dieses schon heute viele hunderttausend Arbeitnehmer/innen im Alter kaum mehr vor Armut schützt. Neben einer Wiederherstellung des früheren Sicherungsniveaus vor Steuern und einer Überführung der Riester-Verträge in die Gesetzliche Rentenversicherung wäre eine Umwandlung der dafür geeigneten Versicherungszweige in eine solidarische Bürgerversicherung nötig. Selbstständige, Freiberufler/innen, Beamte, Abgeordnete und Minister müssten einbezogen, neben Löhnen und Gehältern auch Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden und Tantiemen) sowie Miet- und Pächterlöse verbeitragt werden. Nach oben darf es im Grunde weder eine Versicherungspflichtgrenze noch Beitragsbemessungsgrenzen geben, die es privilegierten

Personengruppen erlauben, in exklusive Sicherungssysteme auszuweichen und sich ihrer Verantwortung für sozial Benachteiligte ganz oder teilweise zu entziehen. Auf der Leistungsseite könnte eine bedarfsgerechte, armutsfeste und repressionsfreie (sanktionslose) Mindestsicherung dafür sorgen, dass alle Wohnbürger/innen nach unten abgesichert, auch solche, die im bisherigen System keine oder unzureichende Anwartschaften erworben haben.

Mindestlohn mehr als 10 Euro

Nötig ist außerdem die Zurückdrängung des Niedriglohnssektors durch eine Regulierung des Arbeitsmarktes, wozu neben der völligen Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Beschäftigungsverhältnissen ein auf deutlich mehr als 10 Euro brutto pro Stunde erhöhter Mindestlohn ohne Ausnahmen (für Langzeitarbeitslose, Jugendliche ohne Berufsabschluss, Kurzzeitpraktikanten und Zeitungszusteller), eine Überführung der Mini- und Midijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sowie ein Verbot oder eine starke Beschränkung der Leiharbeit gehören.

Hartz IV, d.h. jenes Gesetzespaket, das den institutionellen Kern der Agenda 2010 bildet, ist einer Generalrevision zu unterziehen. Vordringlich wären eine spürbare Erhöhung der Regelbedarfe, die schon 2005 nicht auskömmlich waren und seither nicht in dem Maße angehoben worden sind, wie die Lebenshaltungskosten stiegen, die Rücknahme des Instituts der Bedarfsgemeinschaft, das willkürlich Unterhaltsverpflichtungen konstruiert, die Wiederherstellung des Berufs- und Qualifikationsschutzes, damit Hartz-IV-Betroffene nicht unabhängig von ihrer Ausbildung jeden Job annehmen müssen, was sie oft als demütigend empfinden, und die Abschaffung der Sanktionen (zumindest ein Moratorium, bis das Bundesverfassungsgericht sein Urteil dazu fällt), damit ihr soziokulturelles Existenzminimum gesichert bleibt.

Immer weniger der sich arbeitslos Meldenden erhalten Arbeitslosengeld I, weil sie wegen einer zu kurzen Versicherungszeit keinen Anspruch darauf erworben haben. Damit ein großer Teil der Erwerbslosen nicht mehr sofort Hartz IV anheimfallen, muss die Rahmenfrist von zwei Jahren verlängert werden, in der Anspruchsberechtigte zwölf Monate lang versicherungspflichtig gewesen sein müssen, und/oder diese Anwartschaftszeit dauerhaft (auf die Hälfte oder ein Drittel) verkürzt werden.

Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Armut wirksam bekämpfen will, muss die jahrzehntelange Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben beenden und für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Dazu sind die Wiedererhebung der Vermögensteuer, eine höhere Körperschaftsteuer, eine vor allem große Betriebsvermögen stärker zur

Finanzierung des Gemeinwesens heranziehende Erbschaftsteuer, ein progressiver verlaufender Einkommensteuertarif mit einem höheren Spitzensteuersatz und eine auf dem persönlichen Steuersatz basierende Kapitalertragsteuer (Abschaffung der Abgeltungsteuer) nötig. Umgekehrt sollte die Mehrwertsteuer, von der Geringverdiener und Transferleistungsbezieher mit Kindern stark betroffen sind, weil sie fast ihr gesamtes Einkommen in den Alltagskonsum stecken (müssen), möglichst gesenkt werden.

Kleine Schritte in die richtige Richtung reichen nicht

Ein Haushalt für ein gerechtes Land

Von: **Dr. Dierk Hirschel** (*Bereichsleiter verdi Bundesverwaltung*)

FINANZPOLITIK Die Unzulänglichkeiten der Finanzpolitik des roten Kassenwarts zeigen sich erst auf den zweiten Blick. Olaf Scholz solide, gerechte und zukunftsorientierte Haushaltspolitik leidet unter einem klassischen Zielkonflikt. Der finanzpolitische Verteilungsspielraum reicht nicht aus, um die gesellschaftlich notwendigen Ausgaben und Investitionen durchzuführen.

Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. Der oberste Kassenwart der Republik ist der mächtigste Mann im Kabinett Merkel. Finanzminister Olaf Scholz sitzt auf einer prall gefüllten Staatskasse. Der kräftige Aufschwung lässt die Steuereinnahmen sprudeln. Scholz kann, wenn wirtschaftlich nichts schiefgeht, in den nächsten vier Jahren fast 60 Milliarden verteilen, ohne dafür Banken und Investoren anpumpen zu müssen.

Im Frühjahr erklärte der rote Kassenwart einer breiten Öffentlichkeit seine Finanzpolitik. In der Haushaltsdebatte des Bundestags erläuterte Scholz, was er unter einer soliden, sozial gerechten und zukunftsorientierten Finanzpolitik versteht.

Solide Finanzpolitik bedeutet für Scholz: Keine neuen Schulden und Vorsorge für schlechte Zeiten. Sozial gerecht ist seiner Auffassung nach eine Haushaltspolitik, die den sozialen Zusammenhalt stärkt und nach Leistung besteuert. Und unter einer Finanzpolitik, die der Zukunft zugewandt ist, versteht der oberste Schatzmeister mehr öffentliche Investitionen.

Die jüngste Finanzplanung soll diesen drei Prinzipien Rechnung tragen. In den nächsten vier Jahren will Olaf Scholz nicht mehr ausgegeben als die Staatseinnahmen hergeben. Die gesamtstaatliche Schuldenquote soll 2019 unter 60 Prozent sinken. Die Finanzmittel für frühkindliche Bildung werden um 7,5 Milliarden Euro erhöht. Kindergeld und Kinderfreibetrag steigen im Umfang von rund fünf Milliarden Euro. Das Bafög wird angehoben und die berufliche Bildung gestärkt. Der soziale Wohnungsbau wird mit zwei Milliarden Euro gefördert. Für einen sozialen Arbeitsmarkt plant der Finanzminister weitere vier Milliarden Euro ein. Zwischen 2018 und 2022 soll insgesamt fast ein Viertel mehr investiert werden

als im dritten Kabinett Merkel. Dieses Geld soll in Bildung und Forschung, Verkehr und Digitalisierung fließen.

Auf den ersten Blick klingt Scholz Erzählung einer soliden, gerechten und zukunftsorientierten Finanzpolitik überzeugend. Der neue Kassenwart ist kein Sparkommissar. Er verwendet die aktuellen Haushaltsüberschüsse für Investitionen und höhere Sozialleistungen, nicht zur Schuldentilgung. Scholz Bekenntnis zu einer soliden Haushaltspolitik ist noch keine Absage an eine antizyklische Finanzpolitik. Er will vielmehr die Staatseinnahmen und –ausgaben über den Konjunkturzyklus ausgleichen.

Olaf Scholz weiß, dass der Staat keine schwäbische Hausfrau ist. Staatsausgaben sind wesentlicher Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Wenn Bund, Länder oder Kommunen zum falschen Zeitpunkt kürzen, verlieren die betroffenen Firmen ganze Aufträge und drosseln ihre Produktion. Wenn Sozialleistungen gekürzt werden, haben Arbeitslose und Bedürftige weniger Geld in der Tasche. Im Abschwung verstärkt dies die Talfahrt. Dann schrumpfen Sozialprodukt und Steuereinnahmen, während Arbeitslosigkeit und Schulden steigen.

In der großen Finanzmarktkrise 2009 trug der damalige Arbeitsminister Scholz maßgeblich dazu bei, dass die große Koalition nicht hinter der Krise hinterhersparte. Die schwarz-rote Koalition verhinderte mit Hilfe von Konjunkturprogrammen, Kurzarbeit und Abwrackprämie einen wirtschaftlichen Kollaps. Kurzum: Sollten künftig Wolken am Konjunkturrhimmel aufziehen, wird Scholz mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht den Rotstift ansetzen.

Anspruch und Wirklichkeit

Die Unzulänglichkeiten der Finanzpolitik des roten Kassenwarts zeigen sich erst auf den zweiten Blick. Olaf Scholz solide, gerechte und zukunftsorientierte Haushaltspolitik leidet unter einem klassischen Zielkonflikt. Der finanzpolitische Verteilungsspielraum reicht nicht aus, um die gesellschaftlich notwendigen Ausgaben und Investitionen durchzuführen.

Scholz Amtsvorgänger setzten den Staat auf Zwangsdiät. Seit der Jahrtausendwende trat kein anderes EU-Land so stark auf die Ausgabenbremse wie Deutschland. Wenn die heutige Staatsquote – Staatsausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung – auf dem Niveau des Jahres 2000 wäre, dann hätte der Sozialstaat über 100 Milliarden Euro mehr in der Kasse. Zwischen 1991 und 2008 wurde im öffentlichen Dienst jeder dritte Arbeitsplatz abgebaut. Über zwei Jahrzehnte floss zu wenig Geld in die physische und soziale Infrastruktur des Landes. In den 1970er Jahren investierten Bund, Länder und Kommunen jedes Jahr

noch bis zu fünf Prozent des Sozialproduktes. Heute liegt die staatliche Investitionsquote bei knapp zwei Prozent. Die deutsche Volkswirtschaft fährt auf Verschleiß. In den Städten und Gemeinden sind die Abschreibungen höher als die Investitionen. Der öffentliche Kapitalstock verfällt. Allein der kommunale Investitionsstau beläuft sich inzwischen auf 126 Milliarden Euro. Die Folgen sind unübersehbar.

Die Verkehrsinfrastruktur ist marode. Ein Fünftel der Autobahnstrecken und zwei Fünftel der Bundesfernstraßen müssen saniert werden. Jede dritte Eisenbahnbrücke hat bereits über 100 Jahre auf dem Buckel. Jedes Jahr müssten zusätzlich zehn Milliarden Euro für den Verkehr mobilisiert werden. Großen Investitionsbedarf gibt es auch bei Breitband und Energieversorgung. In den nächsten zehn Jahren müssten in beiden Bereichen jeweils 40 Milliarden Euro investiert werden. Doch damit nicht genug. In Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. Der Investitionsstau bei öffentlichen Krankenhäusern ist inzwischen auf stolze 50 Milliarden Euro angewachsen. Vor vergleichbaren Herausforderungen steht der soziale Wohnungsbau. Ab sofort müssten jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen – davon die Hälfte als Sozialwohnungen – gebaut werden, um eine ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen. Das kostet mindestens 7,5 Milliarden Euro. Die Liste ließe fortsetzen.

Die geplanten Mehrausgaben der großen Koalition reichen also hinten und vorne nicht aus, um die großen gesellschaftlichen Bedarfe zu decken. Deswegen ist es ökonomisch unvernünftig und sozial schädlich, an einer Finanzpolitik der „schwarzen Null“ festzuhalten. Wer jetzt nicht ausreichend in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Digitalisierung investiert, verschlechtert die Zukunftsperspektiven nachfolgender Generationen. Dies gilt umso mehr in Zeiten historisch niedriger Zinsen. Nie war es günstiger Zukunftsinvestitionen mit der Kreditkarte zu bezahlen. Zudem könnten so die Finanzierungslasten auf mehrere Generationen verteilt werden. Geradezu absurd sind jetzt Steuersenkungen. Die beabsichtigte Abschaffung des Solidaritätszuschlags und der kalten Progression lassen die ohnehin schon geringen staatlichen Ausgaben- und Investitionsspielräume weiter schrumpfen.

Natürlich kann nicht alles, was wünschenswert wäre, sofort gemacht werden. Kapazitätsengpässe verhindern eine schnelle Umsetzung von Investitionen. So steigen in der Baubranche aufgrund der starken Nachfrage die Preise für Zement, Dämmmaterialien und Fenster. Sobald jedoch absehbar ist, dass die öffentliche Hand dauerhaft einen höheren Investitions- und Ausgabenpfad einschlägt, werden Handwerk, Bauindustrie und Zulieferer ihre Produktionskapazitäten ausbauen. Darüber hinaus fehlen in den Kommunalverwaltungen Mitarbeiter, die sich um die Planung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen kümmern können. In den letzten zwei Jahrzehnten wurden zwei von fünf Planungsstellen gestrichen. Trotz

dieser Einschränkungen könnte und müsste jedes Jahr ein mittlerer zweistelliger Milliardenbetrag zusätzlich investiert werden.

Politik der Entstaatlichung

In den letzten Jahrzehnten stürzte neoliberale Politik den Steuerstaat in die Krise. Weltweit senkten die Kassenwarte Gewinn- und Vermögenssteuern. Die Schröder- und Merkel-Regierungen beteiligten sich in den 2000er Jahren an diesem Steuersenkungswettbewerb. Milliarden schwere Steuergeschenke leerten die Staatskassen. Noch heute belaufen sich die Steuerauffälle gegenüber dem Steuerrecht von 1998 auf jährlich 45 Milliarden Euro. Gleichzeitig stiegen aber die Anforderungen an den Wohlfahrtsstaat. Folglich führte die Krise des Steuerstaates zu höheren Schulden. Die große Finanzmarktkrise 2009 ließ die Staatverschuldung weiter steigen. Anschließend wurde die Finanzmarktkrise von konservativ-liberalen Politikern, Wissenschaftlern und Medienvertretern in eine Staatsschuldenkrise umgedeutet. Die hohen Staatsschulden waren nun der willkommene Anlass, um das „Monster Staat“ zu zähmen.

Nach der Finanzmarktkrise fesselten Politik und Verwaltung die nationale Haushaltspolitik. Mit Hilfe der so genannten Schuldenbremse und des Fiskalpakts wurde die Politik der Entstaatlichung institutionalisiert. Die Schuldenbremse steht seit 2009 im Grundgesetz. Der Bund darf sich heute nur in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts strukturell neu verschulden. Die Bundesländer dürfen ab 2020 gar keine neuen Schulden mehr machen. Vier Jahre später vereinbarten die nationalen Regierungschefs einen Europäischen Fiskalpakt. Die EU-Mitgliedsstaaten dürfen sich seitdem nur noch mit maximal 0,5 Prozent des Sozialprodukts verschulden.

Schuldenbremse und Fiskalpakt gewichteten haushaltspolitische Ziele stärker als wirtschafts- und sozialpolitische Ziele. Dadurch wird die Einhaltung von Defizitgrenze und Schuldenquote wichtiger als armutsfeste Renten, eine gute Gesundheitsversorgung oder gute Schulen. Hierzulande verursachten die nationalen und europäischen Schuldenregeln bereits großen Schaden. Berlin hat vom Investitions- in den Sparmodus umgeschaltet. Der Schuldenbremse folgte die Investitionsbremse. Darüber hinaus haben Schuldenbremse und Fiskalpakt die Privatisierung öffentlichen Eigentums vorangetrieben. Der Verkauf des Tafelsilbers spülte Geld in die Kassen von Bund, Ländern und Kommunen. Die Privatisierungen führten aber häufig zu steigenden Kosten. Gleichzeitig verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen und Entgelte der betroffenen Beschäftigten. Und nicht zuletzt gingen die öffentlichen Einnahmen privatisierter Unternehmen verloren.

Zudem förderten die Schuldenregeln so genannte Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP). Viele unterfinanzierte Städte und Gemeinden versuchten ihre Investitionslücken mit privatem Kapital zu schließen. Privates Kapital gibt es aber nicht zum Nulltarif. Höhere Finanzierungskosten, eine ineffiziente Bauweise und hohe Anwaltskosten trieben die Kosten solcher Teilprivatisierungen. Die Zeche zahlten die Steuerzahler. Willkommen in Absurdistan.

Die Alternative: Höhere Steuern

Wer die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge auskömmlich finanzieren will, kann entweder Schulden machen oder Steuern erhöhen. Letzteres verbreitert die staatliche Einnahmehasis. Entscheidend ist natürlich immer, welche Steuern erhöht werden. Reichensteuern belasten den privaten Verbrauch nicht so stark, da Spitzenverdiener mehr sparen.

Folglich sollten Steuererhöhungen einhergehen mit mehr Steuergerechtigkeit. Hier gibt es großen Handlungsbedarf. Heute leisten Vermögende und finanzstarke Unternehmen keinen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens mehr. Die Steuereinnahmen aus Gewinn- und Vermögenseinkommen tragen gerade einmal ein Fünftel zum gesamten Steueraufkommen bei. Unternehmen zahlen auf ihre Gewinne weniger als 20 Prozent Steuern. Dabei profitieren große Konzerne von ihren aggressiven Steuervermeidungsstrategien. Große Erbschaften sind fast steuerfrei. Die Erben großer Vermögen führen an Fiskus lediglich drei Prozent ab.

Die deutsche Steueroase für Vermögende und Erben muss ausgetrocknet werden. Dafür brauchen wir eine Vermögensteuer und eine Reform der Erbschaftsteuer, die alle Vergünstigungen, die nicht dem Gemeinwohl dienen, streicht. Zudem dürfen Kapitalgewinne gegenüber Arbeitseinkommen nicht weiter privilegiert werden. Aber auch Unternehmen müssen wieder stärker besteuert werden. Die Gewerbesteuer sollte zu einer Gemeindefinanzierungssteuer ausgebaut werden. Darüber hinaus müssen Amazon, Facebook, Google & Co mit einer Digitalsteuer zur Kasse gebeten werden. Gewinnverlagerungen internationaler Konzerne können durch nationale Quellensteuern gekontert werden. Eine solche unverteilende Steuerpolitik ist auch in einer global vernetzten Wirtschaft noch möglich. Die verbesserte Transparenz internationaler Kapitalströme erleichtert uns heute eine stärkere Besteuerung von Gewinnen, hohem Einkommen und Vermögen.

Zukunftsfähige Finanzpolitik

Der deutsche Sozialstaat muss in den nächsten Jahren ausgebaut werden. Deutschland steht im Gesundheitswesen, in der Pflege, im Bildungswesen, beim Wohnungsbau, bei Digitalisierung, bei Energie und Verkehr vor großen

Herausforderungen. Die Leistungen von Bund, Ländern, Kommunen und öffentlichen Unternehmen müssen ausgeweitet werden. Der öffentliche Dienst braucht mehr qualifiziertes Personal. Das staatliche Investitionsniveau muss deutlich angehoben werden. Kurzum: In Zukunft brauchen wir höhere Staatsausgaben. Der notwendige Ausbau des Sozialstaats darf aber nicht an leeren öffentlichen Kassen scheitern.

Die große Herausforderung der heimischen Finanzpolitik besteht aktuell darin, einen höheren Ausgaben- und Investitionspfad einzuschlagen – und zwar unabhängig von der Drehzahl des deutschen Konjunktur- und Wachstumsmotors. Eine Finanzpolitik nach Kassenlage ist damit überfordert. Die große Herausforderung besteht darin aufzuzeigen, wie die große Kluft zwischen aktueller Haushaltspolitik und gesellschaftlichen Bedarfen perspektivisch überwunden werden kann.

Folglich müsste der oberste Kassenwart alles dafür tun, um Schuldenbremse und Fiskalpakt die Giftzähne zu ziehen. Notwendig wäre eine politische Initiative, die darauf abzielt, Investitionen von der Schuldenbremse auszunehmen. Dafür muss der öffentliche Diskurs über Staatsfinanzen wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Finanzminister Scholz wird sich daran messen lassen müssen, ob er es schafft, die bestehenden Hindernisse für den Ausbau des Sozialstaats aus den Weg zu räumen. Nur so kann die rot-schwarze Koalition die großen sozialen Problemlagen in den Griff bekommen. Wenn Mieten weiter steigen, der Pflegenotstand anhält und der Zustand der Schulen sich nicht sichtbar verbessert, hilft es am Ende der Regierungszeit nicht, darauf hinzuweisen, kleine Schritte in die richtige Richtung gemacht zu haben.

Soziale Disparitäten bei den Bildungschancen

Von: **Prof. Dr. André Wolter** (*Professor für erziehungswissenschaftliche Forschung, Humboldt-Universität Berlin, freier Mitarbeiter Hochschulinformationssysteme Hannover, HIS-GmbH*)

BILDUNGSSCHANCEN Nach wie vor ist offenkundig das familiäre Bildungskapital die wichtigste „Ressource“ für den Bildungsweg, nicht zuletzt für die Aufnahme eines Studiums. Die gesellschaftspolitische Hoffnung, mit der Bildungsexpansion ginge nicht nur eine Ausweitung der Bildungschancen, sondern auch ein Abbau sozialer Ungleichheit einher, hat sich bis jetzt nicht erfüllt.

Seit 2006 erscheint in Deutschland alle zwei Jahre ein Nationaler

Bildungsbericht, der von einer Autorengruppe aus sechs Einrichtungen im Auftrag der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstellt wird. Er ist eine Komponente des in Deutschland nach der ersten PISA-Studie etablierten und in Artikel 91 des Grundgesetzes verankerten Bildungs(system)monitorings, das einer stärker evidenzbasierten Bildungspolitik dienen soll. Der Bericht gliedert sich in einen indikatorenbasierten Teil, der die Veränderungen (und die Stabilität) in der Bildungsentwicklung in Deutschland anhand ausgewählter Indikatoren analysiert, und einen thematisch wechselnden Schwerpunkt, der zuletzt die Themen Migration (2016) und Bildungserträge (2018) behandelte.

Eine differentia specifica des Nationalen Bildungsberichts gegenüber anderen in Deutschland vorhandenen Bildungsberichtsformaten[1] liegt darin, dass er das einzige systemisch angelegte und lebensverlaufsorientierte Berichtssystem ist, das vom frühkindlichen Lernen bis zur Weiterbildung alle Sektoren des Bildungssystems und alle Lebenszyklen umfasst (mit Einschränkungen in der nachberuflichen Phase).

Die Nationale Bildungsberichterstattung verfolgt mehrere Ziele: die Dauerbeobachtung der Bildungsentwicklung in Deutschland im internationalen Vergleich, die Abbildung systemischer Verlaufsprozesse und Interdependenzen (z.B. an Übergangsstellen), die systeminterne Problemanalyse, eine Art „Frühwarnsystem“ für zu erwartende Entwicklungen und Herausforderungen oder Rückmeldefunktion im Blick auf bildungspolitische Zielerreichung.

Die Nationale Bildungsberichterstattung erhebt, von ganz wenigen Schwerpunktthemen abgesehen, keine eigenen Daten, sondern verwendet die Daten der amtlichen Bildungsstatistik, aus den großen Untersuchungsreihen wie Mikrozensus, Sozio-ökonomisches Panel (SOEP), dem Nationalen Bildungspanel (NEPS) oder aus sektorspezifischen Surveys und Studien (wie PISA oder im Hochschulbereich den Untersuchungsreihen des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW)). Repräsentativität (für die Bevölkerung als Ganzes oder ausgewählte Gruppen wie die jeweiligen Bildungspopulationen) und Fortschreibbarkeit sind einige der Voraussetzungen, welche die Daten erfüllen müssen.

In den folgenden Ausführungen werden einige Ergebnisse aus der Nationalen Bildungsberichterstattung zu den sozialen Disparitäten in der Bildungsentwicklung für die verschiedenen Sektoren des deutschen Bildungssystems dargestellt, im Wesentlichen basierend auf den Bildungsberichten 2016 und 2018. Dabei wird zum Teil auf diejenigen Untersuchungen und Daten zurückgegriffen, auf denen auch die Bildungsberichterstattung beruht.

Da sich die hier referierten Daten alle (soweit nicht anders angegeben) auf die beiden genannten Bildungsberichte beziehen, wird auf Einzelnachweise verzichtet. Die hier vertretene bildungswissenschaftliche und bildungspolitische Einordnung der Daten geht teilweise über die Nationale Bildungsberichterstattung hinaus. Aufgrund der besonderen Zuständigkeit des Autors wird auf den Hochschulbesuch etwas ausführlicher eingegangen.

Soziale Disparitäten in der Bildungsbeteiligung: Übergreifendes in der Nationalen Bildungsberichterstattung

Soziale Disparitäten in der Beteiligung an Bildung, in den Bildungsverläufen und im Bildungserfolg sind ein in Deutschland schon seit dem späten 19. Jahrhundert statistisch bekanntes Dauerproblem, mit dem sich die Bildungsforschung verstärkt seit den 1960er Jahren beschäftigt. Mit dem methodischen Fortschritt in der empirischen Bildungsforschung ist es heute möglich, soziale Ungleichheit in den Bildungsverläufen und Zusammenhänge zwischen sozialer bzw. familiärer Herkunft, Lernprozessen und Bildungsteilhabe sehr viel genauer abzubilden, als dies früher der Fall war, etwa in den 1960er Jahren in den bahnbrechenden Studien von *Ralf Dahrendorf*, *Hansgert Peisert* u.a. (zur Entwicklung der Forschung über soziale Disparitäten in der Bildung vgl. *Krais 1996*; *Hopf 2014*; *Ditton/Maaz 2015*). So wird sie heute in der Regel nicht mehr zweidimensional, sondern mit multivariaten Modellen dargestellt.



Familie ist wichtig bei Tieren und Menschen: Andre Wolter schreibt zu seinem Artikel: „Das ist der ‚merkwürdigste‘ Beitrag, den ich je geschrieben habe, nicht wegen des Inhaltes, sondern der Umstände. Er ist komplett weit nördlich des Polarkreises entstanden, in den späten Abendstunden in der kanadischen Nordwestpassage. Die letzte Korrektur habe ich auf Grönland eingefügt.“ Das ‚Familienfoto Eisbärmutter mit Kinder‘ entstand auch bei dieser Gelegenheit. **Danke, lieber Andrä Wolter für beides sagt die DENK-doch-MAL.de Redaktion.**

Innerhalb des Nationalen Bildungsberichts sind soziale Disparitäten natürlich ein zentrales Thema, das zwar nicht in einem speziellen Indikator behandelt wird, sondern sich wie ein roter Faden durch alle Kapitel und (fast alle) Indikatoren des Bildungsberichts hindurchzieht. Ein methodisches Problem besteht darin, dass in den verschiedenen Untersuchungsreihen und Datenquellen soziale Herkunft, Bildungsherkunft oder sozio-ökonomischer Status und damit auch soziale Ungleichheit theoretisch unterschiedlich definiert und empirisch operationalisiert werden (z.T. mit dem EGP-Schema, z.T. mit dem ISEI oder in anderer Form; vgl. dazu *Ditton/Maaz 2015*) und damit nicht immer direkt anschlussfähig und vergleichbar sind.

Unabhängig von solchen methodischen Differenzierungen bleibt als ein übergreifendes Gesamtbild, dass soziale Disparitäten

- alle Bildungsphasen im Lebensverlauf und alle institutionellen Sektoren im Bildungssystem deutlich, wenn auch in unterschiedlichen Mustern prägen,
- im Bildungssystem offensichtlich nur sehr langsam abgebaut werden, eher eine erklärungsbedürftige erstaunliche Kontinuität über alle gesellschaftlichen und politischen Veränderungen hinweg aufweisen,
- sich in unterschiedlichen Dimensionen darstellen – Bildungsherkunft, Migration, Geschlechtszugehörigkeit, regionale Herkunft[2] – und sich diese Faktoren oft wechselseitig verstärken (Intersektionalität),

- und sich frühere Ungleichheiten im Lebensverlauf, insbesondere an Übergangsstellen, in späteren fortpflanzen. Soziale Selektivität wird dadurch biographisch kumulativ im Bildungssystem aufgebaut.

Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, dass in den verschiedenen Sektoren des Bildungssystems, besonders im Schulsystem und im postschulischen Qualifizierungssystem, primäre und sekundäre Herkunftseffekte zusammenwirken und soziale Selektivität durch diese Interaktion erzeugt wird. Mit der schon vor beinahe vier Jahrzehnten eingeführten Unterscheidung zwischen primären und sekundären Herkunftseffekten (*Boudon 1974*) lassen sich die Größenordnungen genauer angeben, in denen Allokation im Bildungssystem von kompetenzunabhängigen sozialen Einflüssen abhängig ist.

Als primäre Ungleichheit werden – zugespitzt formuliert – die Einflüsse der sozialen Herkunft auf die individuelle Kompetenzentwicklung (z.B. kognitive oder sprachliche Fähigkeiten), und auf Schulleistungen bezeichnet. Sekundäre Ungleichheit bezieht sich dagegen auf die Unterschiede in den familiären Bildungsentscheidungen, die durch soziale Zugehörigkeit hervorgerufen werden, oder in schulischen Bildungsentscheidungen. Beide Komponenten sind also nicht unabhängig von intervenierenden schulischen Faktoren. Auf der Basis der verschiedenen PISA-Studien lässt sich sagen, dass unter Kontrolle der kognitiven Grundfähigkeiten und der Lesekompetenz die relative Chance eines Kindes aus der oberen Dienstklasse, ein Gymnasium zu besuchen, etwa zwei- bis fast dreimal so hoch ist wie die eines Facharbeiterkindes – anders formuliert: bei gleicher kognitiver Fähigkeit und Lesekompetenz.

Offensichtlich entscheiden entgegen der Selbstlegitimation des gegliederten deutschen Schulsystems nicht allein Begabung und Eignung, sondern eben auch die soziale Herkunft über den Bildungsverlauf. Dabei zeigt sich immer wieder, dass unter den verschiedenen Faktoren der sozio-ökonomischen Herkunft für die Bildungsverläufe der Kinder vor allem die Bildungsherkunft (d.h. der Bildungsstatus der Eltern) bestimmend ist, das Bildungskapital der Familie also von größerer Bedeutung als das ökonomische Kapital ist.

Aufgrund dieser ausgeprägten sozialen Disparitäten, die nur teilweise durch individuelle Kompetenzunterschiede verursacht werden, gibt es ein nicht unbeträchtliches zusätzliches Potenzial in der Bevölkerung, das von seiner individuellen Kompetenz her in der Lage wäre, ein Gymnasium oder eine Hochschule zu besuchen, diesen Schritt aber primär aufgrund familiärer oder schulischer Entscheidungen nicht vollzieht. Die Gründe und Ursachen sind komplex, sie liegen ebenso in mangelnder Förderung und Unterstützung durch die Familie oder die Schule. Selbstselektion (z.B. Verzicht auf ein Studium, obgleich die formalen Voraussetzungen erfüllt sind) spielt ebenfalls eine wichtige Rolle; sie

kann u.a. ein Resultat zu geringer Selbstwirksamkeitserwartungen, eines zu geringen Zutrauens in die eigene Leistungsfähigkeit sein.

Die beiden letzten Bildungsberichte (2016 und 2018) lenken den Blick neben den sozialen Distinktionen nach der Bildungsherkunft der Eltern vor allem auf die Bedeutung des Migrationshintergrundes (MH). So liegt die Bildungsbeteiligungsquote bei den 19- bis 25jährigen bei Personen mit MH um gut sieben Prozentpunkte unter derjenigen für Personen ohne MH – ein Muster, das sich durch alle Sektoren des deutschen Bildungssystems zieht, wenn auch mit Unterschieden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der MH eine Art Chiffre für den Einfluss mehrerer anderer Faktoren ist.

Nicht nur unterscheidet sich die Bedeutung des Migrationsstatus erheblich zwischen den Herkunftsländern. So verlaufen die Bildungswege von Kindern oder Jugendlichen west- oder nordeuropäischer Herkunft gänzlich anders als die aus einigen südosteuropäischen Ländern, der Türkei oder anderen asiatischen Staaten (die auch wieder nicht einheitlich sind). Auch verbergen sich hinter dem MH oft Einflüsse des sozio-ökonomischen Status der Familie, insbesondere des Bildungsstatus. So schneiden Kinder und Jugendliche aus Familien mit MH, in denen ein Elternteil oder beide selbst einen höheren Bildungsabschluss erworben haben, im deutschen Bildungssystem häufig ebenso erfolgreich ab wie diejenigen aus Familien ohne MH, aber ähnlichem sozio-ökonomischen Status. Die Relevanz des MH für die Bildungsverläufe der Kinder wird vom sozio-ökonomischen Status überformt, insbesondere vom Bildungsstatus der Eltern.

Wie vorsichtig man aber mit der generellen Rede von einer Bildungsbenachteiligung von Migrant/inn/en sein muss, zeigt ein Blick auf den Bildungsstand der Bevölkerung nach dem höchsten schulischen oder beruflichen Abschluss. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Abschlüsse von einem Teil der Migrant/inn/en in Deutschland, von einem anderen Teil noch im Herkunftsland erworben wurde. Es zeigt sich, dass sich der Anteil derjenigen, die den höchsten Abschluss (Hochschulreife und Hochschulabschluss) erworben haben, zwischen Personen mit und ohne MH nur um ganz wenige Prozentpunkte unterscheidet. Bei Personen mit Hochschulabschluss beträgt der Unterschied sogar nur einen Prozentpunkt. Die deutlichste Differenz liegt im Anteil derjenigen, die über überhaupt keinen Schul- und Berufsabschluss verfügen, der bei den Personen mit MH mehr als drei Mal so hoch ist wie bei denjenigen ohne MH. Es ist klar, dass von diesen Unterschieden ein erheblicher Einfluss auf die Bildungsverläufe der Kinder ausgeht. Auch hier spielt sowohl das Herkunftsland wie das Zuzugsjahr eine Rolle. Positiv ist ohne Zweifel, dass der schulische und berufliche Qualifikationsstand nicht nur bei den Personen ohne MH, sondern auch bei denen mit MH in den jüngeren Alterskohorten deutlich zunimmt.

Trends im deutschen Schulsystem

Eine der Stärken der Nationalen Bildungsberichterstattung ist die Einbeziehung aller institutionellen Sektoren des deutschen Bildungssystems und des gesamten Lebenszyklus. So wird deutlich, dass soziale Disparitäten nicht erst beim Schulbesuch entstehen, sondern bereits in der frühkindlichen Entwicklung angelegt werden, die sich dann auf die späteren Bildungsverläufe auswirken.

Bereits die Häufigkeit des Vorlesens, eine für den Erwerb von Sprachkompetenzen – die wiederum für den späteren Schulerfolg von geradezu zentraler Bedeutung sind – äußerst wichtige Aktivität in Familien, unterscheidet sich in der frühkindlichen Phase nach Bildungsstand und Migrationsstatus der Eltern. Ebenso variiert die Beteiligungsquote von Kindern in Tageseinrichtungen oder der Tagespflege bei den unter 3-jährigen wie bei den 3-5-jährigen nicht nur nach der Region (zwischen Ost- und Westdeutschland), sondern auch nach Bildungsherkunft und dem MH. Allerdings besuchen inzwischen 94 % der 3- bis 5-jährigen eine Einrichtung frühkindlicher Erziehung und Bildung, so dass hier inzwischen nahezu alle Kinder an entsprechenden Angeboten partizipieren.

Bei den 2-jährigen nutzt schon ein Anteil von 62 % ein Angebot frühkindlicher Erziehung. Das historisch lange Zeit prägende Leitbild einer Familienkindheit kann immer weniger Allgemeingültigkeit beanspruchen, allenfalls noch für die ersten beiden Lebensjahre. Neben einem Wandel geschlechtsspezifischer Erwerbsarbeit stehen hinter dieser Entwicklung vor allem Veränderungen in den familialen Erziehungs- und Bildungsaspirationen.

Im Schulbereich halten die zentralen Entwicklungsprozesse der letzten Jahr(zehnt)e weiter an: ein deutlicher Strukturwandel in Richtung Zweigliedrigkeit oberhalb der Grundschule (in länderspezifischen Varianten), Wachstum insbesondere des gymnasialen Zweigs im Sekundarbereich I, weiteres Wachstum der zur Hochschulreife führenden Einrichtungen im Sekundarbereich II, Zunahme im Anteil ganztägiger Einrichtungen. Historisch gesehen ist die *institutionelle Durchlässigkeit* des deutschen Schulsystems aufgrund schulpolitischer Entscheidungen größer geworden.

Der Zugang zum Gymnasium hängt in der Mehrzahl der Länder in erster Linie von der Entscheidung der Eltern ab.[3] Neben dem klassischen Weg über das allgemeinbildende Gymnasium führen inzwischen zahlreiche Wege zur Hochschulreife – unter anderem Übergänge aus der Realschule in die gymnasiale Oberstufe, Ausweitung von Oberstufen an Gesamtschulen, Berufs- bzw. Fachgymnasien, Einrichtungen des zweiten Bildungswegs, erweiterter Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ohne schulische Studienberechtigung.

Einer der markantesten Trends im deutschen Schulsystem ist und bleibt der Trend zu höherer Bildung, insbesondere die ungebrochene Attraktivität des Gymnasiums. Die *soziale Durchlässigkeit* in jedoch nicht in gleichem Maße angewachsen. Trotz größerer formaler Offenheit bleibt immer noch die nach der Grundschule gewählte Schulform für den weiteren Bildungsweg und die anschließenden Übergänge in die berufliche Qualifizierung bestimmend. Besonders deutlich werden herkunftsbedingte Unterschiede daher bei den Schularten in der Sekundarstufe I. Wenn die Eltern über einen Hochschulabschluss verfügen, besuchen 65 % eine allgemein- oder berufsbildende Schulform, die zur Hochschulreife führt. Haben die Eltern einen Lehrabschluss (aus dem dualen System), sind dies nur 30 %. Ein Unterschied von mehr als 30 Prozentpunkten signalisiert schon eine deutliche Diskrepanz. Die niedrigste Gymnasialquote weisen Eltern ohne Berufsabschluss auf.

Alle Bildungsberichte seit 2006 haben immer wieder aufgezeigt, wie unterschiedlich sich die Schülerschaft nach ihrer jeweiligen Bildungsherkunft auf die verschiedenen Schulformen verteilt. Im Ergebnis formen Schularten aufgrund ihrer spezifischen Komposition nach sozialer Zugehörigkeit und individueller Leistung(sfähigkeit) unterschiedliche Entwicklungsmilieus, die wiederum den weiteren Lernfortschritt beeinflussen. So stammen an Hauptschulen 26 % der Schüler/innen aus Familien, in denen kein Elternteil über einen Abschluss der Sekundarstufe II verfügt, an Gymnasien jedoch nur 4 %. Auch der Schüleranteil mit MH ebenso wie der mit niedrigen Leistungen variieren zwischen den Schulformen.

Ohne Zweifel ist das Gymnasium immer noch die Schulform mit dem relativ eindeutig höchsten Leistungsstand- weswegen es ziemlich unsinnig ist, das Gymnasium als „neue Hauptschule“ zu titulieren. Nur 4 % seiner Schülerschaft liegen in der Lesekompetenz auf oder unter der Kompetenzstufe II, dagegen 58 % der Hauptschüler/innen. Aber nicht nur zwischen den Schulformen, sondern auch zwischen Einzelschulen desselben Typs können erhebliche Unterschiede in den Kompositionsmerkmalen bestehen.

Verfolgt man auf der Basis von PISA-Daten (Reiss u.a. 2016) die Veränderungen zwischen 2000 und 2015 in der Zusammensetzung der Schülerschaft nach Schulformen, so fällt auf, dass sich in allen Schularten der Anteil der Schüler/innen mit MH erhöht hat, am deutlichsten im Gymnasium. Dennoch haben sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Schulformen kaum angeglichen. Immer noch zeichnet sich das Gymnasium durch den höchsten sozio-ökonomischen Status der Eltern und den niedrigsten Anteil mit MH aus, bei der Hauptschule ist es genau umgekehrt.

Allerdings gibt es inzwischen Gymnasien, in denen schon die Mehrzahl der Schüler/innen über Migrationserfahrungen verfügt. In der Konsequenz ist die Zusammensetzung der Studienberechtigten in Deutschland sozial höchst selektiv. An dem über Jahrzehnte zu beobachtenden Trend zu höher qualifizierenden

Abschlüssen partizipieren die verschiedenen Sozialgruppen sehr unterschiedlich. Damit der weiteren Expansion die Differenzierung zwischen Absolvent/inn/en *mit und ohne* Studienberechtigung für den Zugang zur beruflichen Qualifizierung und später zum Arbeitsmarkt immer bedeutsamer wird, verstärkt sich die Relevanz der sozialen Distinktion zwischen den jeweiligen Bildungswegen.

Hochschulzugang und Hochschulbesuch haben zugenommen

Bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert ist bekannt, dass die Chance, ein Studium aufzunehmen, in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängt (*Kaelble 1975*). Zwar hat die Beteiligung an Hochschulbildung seit 1900 um mehr als den Faktor 40 zugenommen. Betrug die Studienanfängerquote um 1900 herum etwa 1 %, so liegt sie heute bei knapp unter 50 % (ohne internationale Studierende). Aber trotz der enormen Expansion der Bildungsbeteiligung in den letzten fünf Jahrzehnten sind die sozialen Disparitäten keineswegs verschwunden, auch wenn sie im langfristigen Zeitvergleich leicht abgenommen haben. Die zentrale soziale Zuweisungsagentur für den Hochschulzugang ist jedoch nicht die Hochschule selbst, sondern das Schulsystem.

Die Population derjenigen, die ihre Schulzeit mit dem Erwerb einer Studienberechtigung abschließen und aus denen sich dann die Studienanfänger/innen rekrutieren, bilden eine bereits hochgradig nach sozialen Merkmalen vorgefilterte Gruppe. Die Schwelle der Hochschulzulassung bildet zwar einen zusätzlichen sozial wirksamen Filter. Der eigentliche Selektionsprozess findet aber nicht an dieser Stelle statt, sondern erstreckt sich primär über den vorangegangenen schulischen Bildungsverlauf.

Aber selbst beim Hochschulzugang variiert unter denjenigen, die ihre Schulzeit erfolgreich mit dem Abitur abschließen und die ja schon eine nach sozialen Herkunftsmerkmalen „vorgesiebte“ Gruppe darstellen, die Studienentscheidung noch mit der Herkunft. Auch hier greifen primäre und sekundäre Mechanismen ineinander. So wird die Entscheidung, ein Studium aufzunehmen oder eine berufliche Alternative (ohne Studium) zu wählen, zwar in erster Linie von der Schulleistung, gemessen über die Abiturdurchschnittsnote, bestimmt. Unter Kontrolle der Schulleistung (also bei gleicher Durchschnittsnote) und anderer Faktoren ergibt sich aber noch ein signifikanter Einfluss des Bildungsstatus der Herkunftsfamilie auf die Studienentscheidung. Kinder aus Akademikerfamilien nehmen auch dann häufiger ein Studium auf, wenn ihre Schulleistungen unterdurchschnittlich sind.

Dagegen verzichten Kinder aus Familien ohne akademische Tradition häufiger auf ein Studium, selbst wenn ihre Schulleistungen überdurchschnittlich ausfallen. Die

Studierwahrscheinlichkeit variiert zwischen Jugendlichen, bei denen mindestens ein Elternteil über einen Hochschulabschluss verfügt, und denjenigen, deren Eltern höchstens einen Lehrabschluss erwarben, selbst bei gleicher Abiturnote um gut 20 Prozentpunkte – und das nahezu unverändert über die letzten beiden Jahrzehnte.

Auf zwei weitere soziale Faktoren ist hinzuweisen, die einen Einfluss auf die Studierchancen ausüben, auf das Geschlecht und den Migrationsstatus. Seit den 1960er Jahren hat der Anteil der Frauen unter den Studienanfängern kontinuierlich zugenommen. Die wachsende Beteiligung der Frauen ist sogar eine der zentralen Triebkräfte der Hochschulexpansion gewesen. Inzwischen beträgt der Anteil der Frauen an den Abiturienten in Deutschland gut 55 %. Aufgrund ihrer niedrigeren Übergangsquote in das Hochschulsystem liegt die Studienanfänger-quote der Frauen zwar um einige Prozentpunkte unterhalb ihres Anteils an den Studienberechtigten (51 %).

Aber seit mehr als 10 Jahren bilden Frauen die Mehrheit unter den Studienanfängern an den Universitäten, aufgrund des anderen Fächerangebots (noch) nicht an Fachhochschulen. Das Hauptproblem liegt hier weniger in der Diskriminierung der Frauen beim Studienzugang als in den ausgeprägten geschlechtsspezifischen Disparitäten in der Studienfachwahl (Wolter 2012). Und ein noch größeres Problem sind die geschlechtsspezifischen Diskrepanzen in den Beschäftigungschancen und Gehaltsstrukturen nach Studienabschluss, wie im Bildungsbericht 2018 insbesondere an den mit dem jeweiligen Berufsabschluss erzielten Bildungserträgen gezeigt wird.

Angesichts der Befunde aus der empirischen Schulforschung zu den Bildungsverläufen von Migrant/inn/en nicht sonderlich überraschend ist die starke Unterrepräsentanz von Studierenden mit MH im deutschen Hochschulsystem (Wolter 2018 a). In der Bevölkerung mit MH ist die Beteiligung an Hochschulbildung deutlich niedriger als in der Bevölkerung ohne Migrationsstatus. Zwar hat sich der Anteil der Studierenden mit MH an der Altersgruppe der 20- bis 30jährigen Bevölkerung von 9 % (2005) auf 15 % (2013) deutlich erhöht, liegt aber immer noch ebenso deutlich unter dem Anteil der Studierenden ohne MH, der sich im selben Zeitraum von 17 % auf 23 % erhöht hat. Der Abstand ist mithin gleichgeblieben. Auch beim MH zeigt sich, dass eine akademische Bildungsherkunft in der nächsten Generation für eine Studienaufnahme förderlich ist. Der Anteil der Studierenden entspricht bei den Eltern mit Hochschulabschluss und MH ungefähr dem bei denjenigen in der Parallelgruppe ohne MH.

Auch hier wird die Benachteiligung primär kumulativ im Schulsystem aufgebaut und weniger beim Hochschulzugang erzeugt. Unter denjenigen Migranten, die eine Studienberechtigung erworben haben, ist die Studierbereitschaft sogar eher höher als unter den Studienberechtigten ohne MH. Dabei ist es wichtig zu sehen, dass Studierende mit Migrationsstatus eine äußerst heterogene Gruppe darstellen. Den

höchsten Anteil unter den Studierenden erreichen diejenigen, die inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, während die sogenannten Bildungsinländer/innen (Studierende mit in Deutschland erworbener Studienberechtigung, aber ausländischer Staatsbürgerschaft) stark unterrepräsentiert sind. Große Unterschiede gibt es nach nationaler Herkunft.

Das Ergebnis dieses über verschiedene Schwellen verlaufenden Selektionsprozesses ist eine massive Verzerrung der Wahrscheinlichkeiten in der Beteiligung an Hochschulbildung. Ein methodisch elaboriertes Verfahren, soziale Disparitäten in den Chancenstrukturen der Beteiligung an Hochschulbildung zu messen, hat die Sozialerhebung entwickelt und wird jetzt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung in einer eigenen Untersuchung fortgeführt (*Kracke u.a. 2018*). Die Ergebnisse sind in den Bildungsbericht 2018 eingeflossen. Die soziale Differenzierung der Studierchancen verläuft danach primär entlang des Merkmals, ob die Eltern (oder ein Elternteil) bereits über einen Hochschulabschluss verfügen oder nicht. Während im Jahr 2016 79 % aller Kinder aus einer akademisch vorgebildeten Familie (in der entsprechenden Altersgruppe) ein Studium aufnahmen, waren es unter den Kindern aus Familien mit einem nicht-akademischen Berufsabschluss und ohne Abitur nur 24 %.

Die Gruppe mit der höchsten Beteiligungsquote beim Hochschulzugang – Kinder aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil ein Studium absolviert hat – weisen eine sechseinhalb Mal so hohe Studierquote auf wie die Gruppe mit der niedrigsten Beteiligungsquote, den Kindern aus Familien, in denen kein Elternteil über einen Berufsabschluss verfügt (12 %), und immer noch eine mehr als drei Mal so hohe Studierquote wie bei Familien, in denen mindestens ein Elternteil einen (nicht-akademischen) Berufsabschluss erworben hat.

Inzwischen kommt mehr als die Hälfte der Studierenden (52 %) aus einer Familie mit akademischem Hintergrund, an den Universitäten deutlich mehr (56 %) als an den sozial offeneren Fachhochschulen (40 %) (*Middendorff u.a. 2017, S. 27; Multrus u.a. 2017, S. 8*). Dieser Anteil steigt in dem Maße, in dem die Eltern bereits von früheren Wellen der Bildungsexpansion profitiert haben; er liegt jedoch gut dreimal so hoch wie der entsprechende Bevölkerungsanteil. Die Universität wird tendenziell immer mehr zu einer Institution, die nicht mehr primär dem Bildungsaufstieg, sondern der „Vererbung“ eines bereits erreichten akademischen Status in der jeweils nachfolgenden Generation dient.

Der Anteil der „first-generation students“ – dieser Begriff hat den früher üblichen der Arbeiterkinder abgelöst – ist rückläufig. Das familiäre Bildungskapital ist die wichtigste „Ressource“ für die Aufnahme eines Studiums (*Wolter 2018 b*). Auch wenn finanzielle Motive als Grund für einen Studienverzicht eine Rolle spielen, so ist es doch nicht in erster Linie das ökonomische Kapital, sondern das Bildungskapital, welches die Entscheidung für oder gegen ein Studium beeinflusst.

Universität und Studienaufnahme gewinnen offenkundig stärker als je zuvor eine familiäre und soziale Reproduktionsfunktion.

Entwicklungen in der Berufliche Bildung und Weiterbildung

Sind bereits der Zugang zur Hochschulbildung und damit die Allokation der Qualifizierungschancen zwischen beruflicher Ausbildung und Hochschulbildung durch erhebliche soziale Disparitäten gekennzeichnet, so wiederholen sich ähnliche soziale Verteilungsmuster auf der Ebene des beruflichen Ausbildungssystems. Hier manifestieren sich soziale Disparitäten zum einen in der Verteilung der Jugendlichen zwischen den drei (nicht-akademischen) Ausbildungssektoren, dem dualen System, dem Schulberufssystem (u.a. Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens) und dem Übergangssektor, zum anderen in der Zuweisung zu bestimmten Berufsbereichen.

Der Übergangssektor umfasst diejenigen – heterogenen – Einrichtungen, Programme und Maßnahmen, die sich primär an benachteiligte bzw. leistungsschwächere Jugendliche richten, die nach Schulabschluss keinen Zugang zu einem der anderen beiden Sektoren finden. Er dient hauptsächlich der Berufsvorbereitung oder Nachqualifizierung, vermittelt aber keinen anerkannten Berufsabschluss.

Insofern „fängt“ der Übergangssektor in erster Linie diejenigen Jugendlichen auf, die in den vollqualifizierenden Sektoren unseres Ausbildungssystems keinen Platz finden. Im Jahr 2005 mündeten noch 36 % der Jugendlichen nach Schulabschluss (ohne Studienanfänger/innen) in den Übergangssektor ein. Der Anteil sank zeitweilig auf etwa ein Viertel und stieg in den letzten Jahren wieder auf 30 % an, ein Effekt der starken Zuwanderung. Ca. 60 % der Jugendlichen aus dem Übergangssektor gelingt nach einer oder mehreren Maßnahmen noch der Zugang zu einer vollqualifizierenden Ausbildung.

Die anderen stellen den Hauptanteil derjenigen, die dauerhaft ohne Berufsabschluss bleiben und die wichtigste Problemgruppe des deutschen Arbeitsmarktes bilden – in den jüngeren Alterskohorten, die sich nicht mehr im Bildungssystem befinden, immerhin um die 15-18 %. Sie bleiben ohne langfristige Berufs- und Beschäftigungsperspektive, viele von ihnen arbeitslos, im Niedriglohnsektor oder in prekärer Beschäftigung.

Die Wahrscheinlichkeit, nach Beendigung des Schulbesuchs in den Übergangssektor einzumünden, hängt vor allem mit zwei sozialen Faktoren zusammen, dem Schulabschluss (und den Schulleistungen) und dem

Migrationsstatus. Beide zeigen, dass sich dieser Sektor in erster Linie an schulisch und/oder gesellschaftlich Benachteiligte richtet. Etwa zwei Drittel der Neuzugänge im Übergangssektors rekrutieren sich im Jahr 2016 aus Schulabgängern/innen mit maximal Hauptschulabschluss; bei gut 13 % ist die Vorbildung unbekannt, vermutlich handelt es sich überwiegend um Flüchtlinge. Mit beinahe 40 % sind unter den Neuzugängen im Übergangssektor Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit deutlich überrepräsentiert.[4] Das bedeutet, dass Jugendliche mit höchstens einem Hauptschulabschluss und/oder MH beim Zugang zur betrieblichen Berufsausbildung und zum Schulberufssystem deutlich unterrepräsentiert sind, wobei hier mit dem MH eine geringere Schulbildung verknüpft ist.

Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass ein mittlerer Schulabschluss oder sogar – mit einem Anteil von inzwischen beinahe einem Viertel – die Hochschulreife zur mehr oder weniger obligatorischen Zugangsvoraussetzung für eine betriebliche oder (vollzeit-)schulische Berufsausbildung wird. Auch wenn dieses Muster zwischen den verschiedenen Berufsfeldern stark variiert, zeigt sich eine deutliche Segmentierung zwischen höher- und niedrigqualifizierten Bereichen in Ausbildung und Beruf (z.B. zwischen höherqualifizierten technischen und kaufmännischen Berufen und geringerqualifizierten Dienstleistungsberufen) nach ihrem jeweiligen Vorbildungsniveau.

Die Verteilung auf die Ausbildungssektoren spiegelt daher die Benachteiligung von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss nicht vollständig wider. Zu den Barrieren, die sich bereits im Zugang zu einem vollqualifizierenden Sektor einstellen, kommt noch ein stark eingeschränktes Spektrum an Berufen hinzu.

Die fortschreitende Segmentation der Berufe nach schulischem Vorbildungsniveau führt dazu, dass diese Gruppe von faktisch der Hälfte der dualen und einem noch höheren Anteil der Berufe aus dem Schulberufssystem ausgeschlossen wird. Es kommt hinzu, dass die ihr noch zugänglichen Berufe zugleich die höchsten Quoten an Vertragsauflösungen aufweisen (*Baethge 2017*). Im Übrigen reproduziert sich über den Schulabschluss auch die soziale Herkunft bzw. die Bildungsherkunft der Jugendlichen. Dies gilt nicht nur für die Differenzierung zwischen Hochschul- und Ausbildungsabschluss, sondern auch zwischen den verschiedenen Berufsbereichen innerhalb dieser Sektoren.

Die sozialen Unterschiede, die bereits im Schulabschluss, Zugang zur beruflichen Qualifizierung und Berufsabschluss bestehen, setzen sich kumulativ in der Weiterbildungsbeteiligung fort. Es ist nicht zuletzt diese Verknüpfung zwischen geringeren Ausbildungschancen und niedrigerer Weiterbildungsteilhabe, die zu einer anhaltenden Einschränkung der Berufs- und Beschäftigungsperspektiven führt. Die Teilnahme an betrieblicher, individuell-beruflicher oder allgemeiner

Weiterbildung korreliert hoch mit der jeweils erworbenen schulischen und beruflichen Qualifikation, ein Phänomen, das sich in den jahrzehntelangen Untersuchungen des Berichtssystems Weiterbildung bzw. des Adult Education Surveys (AES) nahezu unverändert wiederholt (zuletzt *Bilger u.a. 2018*).

Es überrascht nicht, dass die Weiterbildungsteilnahme nicht nur mit dem Ausbildungsabschluss, sondern auch mit dem Erwerbsstatus, dem beruflichen Status und der Stellung im Betrieb variiert – und fast erwartungsgemäß auch mit dem Migrationsstatus. Insofern hat Weiterbildung entgegen den früher gehegten gesellschaftspolitischen Erwartungen nur einen sehr geringen kompensatorischen, korrigierenden Effekt auf Benachteiligungen in Schul- und Berufsbildung und verstärkt eher soziale Unterschiede als sie auszugleichen. Die sozialen Disparitäten und Distinktionsmuster scheinen sich vom Schulbesuch bis zur Weiterbildung und – darüber vermittelt – zu den Arbeitsmarkt- und Beschäftigungschancen kontinuierlich fortzupflanzen.

Schlussbemerkungen: Zur sozialen Funktion von Bildung

Nach wie vor ist offenkundig das familiäre Bildungskapital die wichtigste „Ressource“ für den Bildungsweg, nicht zuletzt für die Aufnahme eines Studiums. Die gesellschaftspolitische Hoffnung, mit der Bildungsexpansion ginge nicht nur eine Ausweitung der Bildungschancen, sondern auch ein Abbau sozialer Ungleichheit einher, hat sich bis jetzt nicht erfüllt. Die empirischen Zusammenhänge zwischen Herkunft und Bildungschancen haben eine historisch weit zurückreichende Debatte über Chancengleichheit (bzw. Chancengerechtigkeit) in der Bildungsteilnahme hervorgerufen. Beide Begriffe sind mehrdeutig und können unterschiedlich definiert werden, meist ist er von allgemeinen gesellschaftspolitischen Vorstellungen geprägt.

- **Konservative Konzepte** von Chancengleichheit betonen die Start- und lehnen Ergebnischancengleichheit und staatliche Eingriffe ab und berufen sich auf individuelle Leistungsunterschiede.
- **Liberale Konzepte** betonen die individuelle Förderung aller „Begabten“ und akzeptieren die korrigierende Funktion pädagogischer Institutionen, soweit sie das Prinzip individueller Begabtenförderung nicht tangieren.
- Ein **sozialstaatliches Verständnis** sieht es dagegen explizit als Aufgabe des Staates bzw. öffentlicher Institutionen an, durch Maßnahmen und Programme Chancengleichheit aktiv herzustellen.

Während Chancengleichheit eher auf die Repräsentation von sozialen Gruppen zielt – Chancengleichheit in der Schule ist dann gegeben, wenn der Anteil einzelner

Gruppen in etwa ihrem Bevölkerungsanteil entspricht – so führt der Begriff der Chancengerechtigkeit zusätzlich noch eine individuelle Dimension ein. Chancengerechtigkeit besteht dann, wenn Schüler/innen mit in etwa vergleichbaren Leistungen oder Fähigkeiten dieselben Chancen im Bildungssystem haben, unabhängig von ihrer Herkunft. Nach den hier auf der Basis der Nationalen Bildungsberichterstattung referierten Befunden ist in Deutschland weder Chancengleichheit noch Chancengerechtigkeit gegeben – ein Ergebnis, das seit Jahrzehnten bekannt ist und durch neue Daten immer wieder bestätigt wird, weil sich an den grundlegenden sozialen Disparitäten kaum etwas geändert hat.

Und diese werden durch populäre soziale Deutungsmuster oft legitimiert – so etwa durch die oft zu hörende Behauptung, im Gymnasium fänden sich zu viele Schüler/innen, die dort eigentlich nicht hingehören, was selbstverständlich nur „Bildungsaufsteiger“ betrifft, die den härteren Wettbewerb um an Abschlüsse, Titel und Berechtigungen geknüpfte Arbeitsmarkt- und Berufschancen stören. Auch die häufig geäußerte Behauptung, in Deutschland gäbe es zu viele Studierende, erweist sich, wie der Bildungsbericht 2018 zeigt, angesichts der Entwicklung und Verteilung der Bildungserträge eher als ideologisch. Das arbeitsmarktpolitische Hauptproblem in Deutschland besteht weniger in der Zahl der Studienanfänger/innen als in dem viel zu hohen Anteil der Jugendlichen, die in den Übergangssektor einmünden und dauerhaft ohne Berufsabschluss, ohne Beschäftigungs- und Lebensperspektiven bleiben.

In einem stark hierarchisch segmentierten Bildungssystem wie in Deutschland ist die Realisierung größerer Chancengerechtigkeit oder -gleichheit ohne Veränderungen der institutionellen Struktur kaum möglich. Vertikal strukturierte Bildungssysteme (re-)produzieren soziale Ungleichheit in einem stärkeren Maße an horizontal organisierte. Institutionelle Veränderungen zugunsten größerer sozialer Durchlässigkeit stoßen jedoch regelmäßig auf massive bildungspolitische Widerstände, da die vorhandenen Strukturen durch starke gesellschaftliche Interessen an der Erhaltung (oder sogar Verstärkung) selektiver Mechanismen gestützt werden, nicht zuletzt seitens der neuen bildungsbürgerlichen Mittelschichten, die selbst von den früheren Wellen der Bildungsexpansion profitiert haben (*Baethge 2017*). Der Kampf um die Verteilung der Bildungschancen spiegelt klassenspezifische Reproduktionsstrategien wider und ist insofern auch ein Medium der Auseinandersetzung um die Verteilung sozialer Positionen in hierarchisch strukturierten Gesellschaften.

Deutschland zählt zu den Staaten, die sich im internationalen Vergleich durch eine besonders enge Kopplung von Bildungsabschlüssen, Zertifikaten und Berechtigungen auf der einen Seite, beruflichen Zugängen, Beschäftigungs- und Lebenschancen auf der anderen Seite auszeichnen. Insofern der Hochschulzugang den Zugang zu den herausgehobenen beruflichen und sozialen Positionen in einer Gesellschaft eröffnet, gewinnt gerade hier die Frage nach den sozialen Allokations-

und Distributionsmechanismen eine besondere Prominenz. Von daher wird die soziale Schieflage beim Hochschulzugang von vielen normativ unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit kritisiert – nicht zuletzt eben auch aufgrund der Tatsache, dass von einer begabungsgerechten Selektion im Schulsystem nicht die Rede sein kann, weil ein beträchtlicher Anteil der Schüler/innen durchaus über kognitive Kompetenzen verfügt, die ihnen einen anderen Bildungsweg ermöglichen würden.

Das deutsche Bildungssystem verschenkt also Talente – ökonomisch gesprochen: Ressourcen –, auf die unsere Gesellschaft im Zeichen der wissenschaftlichen Modernisierung von Arbeit, Beschäftigung und Wertschöpfung dringend angewiesen ist. Um dem Strukturwandel zu humankapitalintensiver Wertschöpfung Rechnung zu tragen, müssen gerade diejenigen Potenziale aktiviert werden, die bislang nur in bescheidenem Umfang an Hochschulbildung partizipieren konnten. Diese Potenziale lassen sich eingrenzen: Jugendliche aus „bildungsfernen“ Gruppen unter Einschluss von Migrant/inn/en, eine noch stärkere Mobilisierung der jungen Frauen beim Hochschulzugang und eine stärkere Öffnung des Hochschulzugangs für nicht-traditionelle Studierende[5].

Wie kann soziale Selektion im Bildungssystem abgebaut und eine größere soziale Durchlässigkeit erreicht werden? Bildungspolitische Empfehlungen gehören nicht zu den vertraglich geregelten Aufgaben des Nationalen Bildungsberichts, seine Aufgabe ist eine evidenzbasierte Problemanalyse der Bildungsentwicklung in Deutschland. Schlussfolgerungen zu ziehen haben sich Bund und Länder vorbehalten. Aber die berichteten empirischen Zusammenhänge legen bestimmte Perspektiven nahe.

Der strategische Ansatzpunkt für eine Reduktion der sozialen Disparitäten liegt an den zentralen Übergangsstellen und den Verläufen im Schulsystem. So wäre ein höheres Maß an Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang primär über ein höheres Maß an Chancengerechtigkeit im Schulsystem zu realisieren. Im Schulsystem, aber auch beim Hochschulzugang ginge es vor allem darum, primären und sekundären Herkunftseffekte entgegenzuwirken. Dafür gilt es die individuelle Förderungsfunktion des Bildungssystems gegenüber dessen Verteilungsfunktion zu stärken. Institutionelle Durchlässigkeit in soziale Durchlässigkeit zu überführen bleibt eine zentrale bildungspolitische Aufgabe.

Literatur

Bilger, F./Behringer, F./Kuper, H./Schrader, J. (Hrsg.) (2018). Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2016. Ergebnisse des Adult Education Survey (AES). Bielefeld.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): Bildung in Deutschland 2016. Bielefeld.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018): Bildung in Deutschland 2018. Bielefeld.

Baethge, M. (2017): Die gebremste Politik. Warum sich die Bildungsungleichheit in Deutschland zuspitzt. In: Mitteilungen aus dem SOFI. 11/27, S. 11-15.

Boudon, R. (1974): Education, Opportunity, and Social Inequality. Changing Prospects in Western Society. New York.

Ditton, H./Maaz, K. (2015): Sozioökonomischer Status und soziale Ungleichheit. In: Reinders, H./Ditton, H. u.a. (Hrsg.): Empirische Bildungsforschung. Gegenstandsbereiche. 2. Auflage. S. 229-244.

Hopf, W. (2014): Bildungsexpansion und Wandel des Regimes sozialer Selektion. In: Bauer, U./Bolder, A. u.a. (Hrsg.): Expansive Bildungspolitik – Expansive Bildung? Wiesbaden. S. 217-242.

Kaelble, H. (1975): Chancenungleichheit und akademische Ausbildung in Deutschland. In: Geschichte und Gesellschaft. 1. Jg. S. 121-149.

Krais, B. (1996): Bildungsexpansion und soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Jahrbuch Bildung und Arbeit '96. Die Wiederentdeckung der Ungleichheit. Opladen. S. 118-146.

Kracke, N./Buck, D./Middendorff, E. (2018): Beteiligung an Hochschulbildung. Chancen(un)gleichheit in Deutschland. DZHW-Brief 03/2018.

Middendorff, E./Apolinarski, B./Becker, K. u.a. (2017): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Bonn.

Multrus, F./Majer, S./Bargel, T./Schmidt, M. (2017): Studiensituation und studentische Orientierungen. 13. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen. Bonn.

Reiss, K./Sälzer, C./Schiepe-Tiska, A./Klieme, E./Köller, O. (Hrsg.) (2016): PISA 2015. Eine Studie zwischen Kontinuität und Innovation. Münster.

Wolter, A. (2012): Sind Frauen die Gewinnerinnen der Bildungsexpansion? Auf dem Wege zur Geschlechtergerechtigkeit. In: humboldt chancengleichheit, 4. Jahrg. S. 20-21.

Wolter, A. (2015): Von der Öffnung des Hochschulzugangs zur offenen Hochschule: Der Hochschulzugang für Berufstätige im Wandel. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens. Heft 3/2015. S. 291-308.

Wolter, A./Banscherus, U./Kamm, C. (Hrsg.) (2016): Zielgruppen Lebenslangen Lernens an Hochschulen. Münster.

Wolter, A. (2018 a): Migration and Higher Education in Germany. In: Slowey, M./Schuetze, H.G. et al. (eds.): Changing Global Demographic Patterns: Implications for Higher Education Reforms. Forthcoming.

Wolter, A. (2018 b): The Expansion of Higher Education and First Generation Students in Germany: Increasing Participation or Continuing Exclusion? In: Archer, W./Schuetze, H.G. (eds.): Policies and Reforms Affecting Higher Education's Principal Mission: Preparing Students for Life and Work. Forthcoming.

Fußnoten:

[1] Etwa den Bildungsberichten der Länder, die zumeist Schulberichte sind, oder sektorspezifischen Bildungsberichten wie dem Berufsbildungsbericht

[2] Auf die Relevanz der beiden Faktoren Region und Geschlecht (vgl. hierzu Wolter 2012) für soziale Disparitäten im Bildungssystem wird in diesem Beitrag aus Umfangsgründen nicht weiter eingegangen.

[3] Der Autor dieses Beitrags musste noch eine Aufnahmeprüfung am Gymnasium in Form eines Probeunterrichts absolvieren.

[4] Datenbasis ist hier die Integrierte Ausbildungsberichterstattung von Bund und Ländern, die nur nach Staatsangehörigkeit und nicht nach MH differenziert. Der Anteil der Jugendlichen mit MH im Übergangssektor dürfte deshalb noch deutlich höher liegen.

[5] Auf diese Frage wird hier nicht näher eingegangen (vgl. dazu Wolter 2015, Wolter/Banscherus/Kamm 2016).

Das Menschenrecht auf Bildung braucht eine nationale Bildungsallianz

Gesellschaftliche Spaltung: was kann Bildungspolitik leisten?

Von: **Roman Lutz** (*Leiter der Abteilung Bildungs- und Wissenschaftspolitik der Arbeitskammer des Saarlandes*)

BILDUNGSUNGLEICHHEIT Es stellt sich die Frage, ob mit Bildungspolitik überhaupt ein Beitrag zur Überwindung von Armut und gesellschaftlicher Spaltung geleistet werden kann? Elternarmut bedeutet meist auch Bildungsarmut und in der Folge chancenlose Erwachsene. Aber: Bildung ist die Grundlage für eine gesellschaftliche Teilhabe der Menschen. Kann sie doch dazu beitragen, dass Menschen ihre soziale, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation verbessern können?

Deutschland ist ein reiches Land. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gesellschaftliche Spaltung durch soziale Ungleichheit, Unsicherheit und Ungerechtigkeit seit Jahren enorm zugenommen hat. Immer mehr Menschen sind ökonomisch von der Wirtschaftsentwicklung abgehängt oder fühlen sich wirtschaftlich durch Globalisierung und Technologie gefährdet.

Die Einkommen und Vermögen sind in den letzten Jahren zunehmend auseinandergedriftet und am Arbeitsmarkt ist der Anteil atypischer und häufig prekär Beschäftigter stark gewachsen. Letzteres hat zur Folge, dass viele Menschen nicht mehr von ihrem Lohn allein leben können oder keine ausreichenden Ansprüche auf Leistungen der Arbeitslosen- und Rentenversicherung erwerben. Die wachsende Perspektivlosigkeit und die Angst vor dem sozialen Abstieg greift um sich und bestimmt mittlerweile das Denken vieler Menschen.

Hinzu kommt, dass nicht wenige Menschen kulturell durch plurale und multikulturelle Lebensstile sowie durch Einwanderung verunsichert sind. Mit der ungleichen Vermögensverteilung gehen aber auch ungleiche Machtverhältnisse einher, welche eine ernstzunehmende Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen. All dies spielt den erstarkenden populistischen Bewegungen in die Hände und gefährdet die Zukunft der Gesellschaft und der Demokratie.

Gesellschaftliche Spaltung ist kein Schicksal

Dabei ist gesellschaftliche Spaltung kein Schicksal, sondern sehr wohl politisch gewollt. Sie ist das Ergebnis einer seit Jahrzehnten betriebenen neoliberalen Politik der Steuersenkungen, des Sozialabbaus, der Privatisierung, der Deregulierung und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. All dies hat zu einer Umverteilung von „unten“ nach „oben“ geführt und damit die Gesellschaft gespalten. Diese Entwicklung bedroht nicht nur Wachstum und Wohlstand, sondern ruft auch Krisen hervor.

Dabei spielen auch unzureichende Bildungsinvestitionen eine zentrale Rolle. Wollte man die gesellschaftliche Spaltung ernsthaft bekämpfen, so gebe es hierzu vielfältige Möglichkeiten: Neben der Besteuerung des Reichtums, insbesondere von Kapitalgewinnen und Erbschaften, müssten die sozialen Sicherungssysteme wieder gestärkt, prekäre Beschäftigung zurückgedrängt, der Mindestlohn erhöht und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ausgeweitet werden. Nicht zuletzt aber gehören auch eine andere Bildungspolitik sowie die ausreichende Finanzierung der selbigen dazu.

Elternarmut bedeutet Bildungsarmut

Angesichts all dessen stellt sich die Frage, ob mit Bildungspolitik überhaupt ein Beitrag zur Überwindung von Armut und gesellschaftlicher Spaltung geleistet werden kann – und wenn ja, welchen bzw. was muss hierfür getan werden. Dass es einen Zusammenhang von ungleichen Bildungschancen und Armut gibt, dürfte unstrittig sein. Elternarmut bedeutet meist auch Bildungsarmut und in der Folge chancenlose Erwachsene. Denn Bildung ist die Grundlage für eine gesellschaftliche Teilhabe der Menschen. Kann sie doch dazu beitragen, dass Menschen ihre soziale, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation verbessern können.

Allerdings zeigt sich auch im Bildungswesen die gesellschaftliche Spaltung. Denn die Chancen zur Teilhabe an Bildung sind in Deutschland höchst ungleich verteilt. Spätestens seit den international vergleichenden Schülerleistungstests PISA und IGLU wissen wir, dass Kinder aus einem sozial eher schwachen Umfeld erheblich schlechtere Bildungschancen haben wie Kinder von Akademikern. In keinem anderen vergleichbaren Industrieland ist der Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungschancen damit so groß wie in Deutschland. Dabei prägt der soziale Status nicht nur den Bildungserfolg, sondern auch die späteren Berufsaussichten und die soziale Integration. In einem der reichsten Länder der Welt nimmt allerdings Bildungsarmut nicht nur zu, sondern sie vererbt sich auch.

Kinder, die in Armut oder in prekären Verhältnissen aufwachsen, haben kaum eine Chance, durch das bestehende Bildungssystem in ihrer Entwicklung gefördert zu werden. Bei vielen Kindern betragen bereits bei Schuleintritt die Entwicklungsunterschiede mehrere Jahre. Zu den von Einkommensarmut am stärksten Betroffenen gehören vor allem Alleinerziehende. Etwa 40 % von ihnen beziehen Hartz IV. Hinzu kommt, dass Deutschland mit seinem gegliederten Schulwesen über ein Bildungssystem verfügt, das soziale Auslese noch verschärft und damit den sozialen Zusammenhalt nicht nur nicht fördert, sondern Lebenswelten systematisch trennt.

Die PISA-Vergleichsdaten führen hier zu einem eindeutigen Ergebnis: Die Diskriminierung der Leistungsschwächeren und erst recht die der sozial und ethnisch Benachteiligten korrelieren sehr hoch mit dem Zeitpunkt der ersten Auslese und der Anzahl an unterschiedlichen Schulformen. Je früher ausgelesen wird und je mehr Schulformen existieren, umso schärfer ist die Benachteiligung. Es ist die hierarchische Schulstruktur, die benachteiligt. Sie ist in Deutschland so ausgeprägt wie sonst nirgendwo. Eine Verfestigung und Undurchlässigkeit zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Schichten aber ist die gesellschaftliche Spaltung von morgen.

Verfestigt wird die soziale Segregation der Schülerschaft noch durch die in den letzten Jahren zunehmend beliebter gewordenen Privatschulen. Es sind vor allem höher gebildete und wohlhabende Eltern die ihre Kinder immer öfter auf Privatschulen schicken. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der desolaten Lage an den öffentlichen Schulen. Damit verstärken sich die ohnehin vorhandenen Ungleichheiten der Bildungschancen und -leistungen. Die soziale Heterogenität der Schulen nimmt ab, was insbesondere die Aufstiegschancen der Schüler aus bildungsfernen Elternhäusern weiter verringert.

Diese im deutschen Bildungssystem bestehende Selektion findet in der Weiterbildung ihre nahtlose Fortsetzung. Auch hier sind Teilnahme und Teilhabe nicht nur ungleich verteilt, sie hängen vor allem vom erreichten Qualifikationsniveau sowie vom sozialen, familiären und betrieblichen Status ab.

Die Bildungsrepublik ist noch eine Fata Morgana

Hoffnungen auf Besserung wurden vor 10 Jahren mit dem „Dresdner Bildungsgipfel“ geweckt. Bund und Länder proklamierten die Bildungsrepublik und einigten sich auf ehrgeizige Ziele. Mit der Ausrufung der Bildungsrepublik sollte auch eine Steigerung der Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einhergehen. Wie dringend diese Stärkung der Bildungsfinanzierung ist, wird u.a. durch einen internationalen Vergleich deutlich. Die öffentlichen Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)

sind in Deutschland rund 20 % geringer als in den meisten anderen Industrieländern. Im Vergleich zu Skandinavien beträgt der Abstand sogar teilweise mehr als 50 %. Umso erschreckender ist daher, dass seitdem nur wenig geschehen ist und auch das wichtige Ziel einer Steigerung der Bildungsausgaben auf sieben Prozent bis dato nicht erreicht wurde.

Dabei sagen uns seit Jahren nahezu alle Studien, was getan werden muss. Zwar wurden vielfältige Anstrengungen unternommen und durchaus auch Fortschritte verzeichnet. So ist die Zahl der Krippenplätze gestiegen, die Zahl der Ganztagschulen wurde ausgebaut, mehr Menschen beginnen ein Studium oder bilden sich weiter. Doch die Ergebnisse sind angesichts des Notwendigen mehr als mager und die soziale Schieflage bleibt noch immer die Achillesferse unseres Bildungssystems. Denn nach wie vor hat das Kind eines Akademikers gegenüber einem „Arbeiterkind“ eine drei Mal so große Chance, das Gymnasium zu besuchen.

Auch beim Zugang zum Studium zeigt sich noch immer die soziale Spaltung. Hinzu kommt, dass Kinder aus Einwandererfamilien deutlich schlechtere Chancen in der Schule und auf dem Ausbildungsmarkt haben und Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss im Rennen um Ausbildungsplätze auf der Strecke bleiben. Es fehlt an sozialpädagogischen Fachkräften sowie qualifiziertem Lehrpersonal und angesichts eines immensen Sanierungs- und Investitionsstaus verrotten immer mehr Schulen. Obwohl das Kooperationsverbot weiter gelockert werden soll, damit Schulen besser ausgestattet und das digitale Lernen besser verwirklicht werden kann, wird in Deutschland weiterhin bildungspolitische Kleinstaaterei betreiben.

Um zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung beizutragen und den sozialen Zusammenhalt wieder zu beleben, bedarf es nicht nur einer deutlichen Steigerung der Bildungsausgaben, sondern auch umfangreicher bildungspolitischer Maßnahmen. So muss der Staat mehr in die Qualität frühkindlicher Bildung investieren – u.a. durch mehr und gute sozialpädagogische Fachkräfte wie Erzieher/innen und Kindheitspädagogen/innen. Nötig ist aber auch der deutliche Ausbau echter Ganztagschulen mit multiprofessionellen Teams. Zudem ist angesichts neuer Herausforderungen mehr individuelle Förderung dringend notwendig.

In Anbetracht des mittlerweile massiven Lehrermangels braucht es hier deutlich bessere Rahmenbedingungen. Auch muss die technische Ausstattung unserer Schulen dem neuesten Stand entsprechen. Die Hochschulen brauchen eine verlässliche finanzielle Grundausstattung und die Qualität der Lehre muss stärker ins Zentrum der Hochschulpolitik gerückt werden. Die BAföG-Sätze sollten spürbar steigen. Die zahllosen Warteschleifen im Übergang von der Schule in die Ausbildung müssen abgebaut und das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen gefördert werden. Darüber hinaus bleiben die enge Kopplung von

sozialer Herkunft und Bildungserfolg sowie die noch immer vorhandene Trennung von beruflicher und hochschulischer Bildung zentrale Herausforderungen.

Bildung und Lernen hört weder nach der Schule noch nach der Ausbildung oder dem Studium auf. Gerade auch angesichts der digitalen Transformation der Arbeitswelt und der demografischen Entwicklung ist es dringend erforderlich, dass die Teilnahme an beruflicher bzw. betrieblicher Weiterbildung gesteigert wird, damit alle Beschäftigten den Wandel und die Anforderungen dauerhaft bewältigen können und auch Arbeitslose wieder einen Einstieg finden. Denn zur Erschließung von Potentialen für qualifizierte Facharbeit geht es auch darum, insbesondere gering Qualifizierte bzw. prekär Beschäftigte stärker für berufliche Weiterbildung zu motivieren und ihren Zugang zu Weiterbildungsangeboten zu verbessern. Hierzu ist es aber notwendig, dass die nach wie vor fehlenden institutionellen, finanziellen, zeitlichen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Angesichts einer komplexer und komplizierter gewordenen Welt, die sich in einem raschen Wandel befindet und in der Politikverdrossenheit, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in einem erschreckenden Maße um sich greifen, gehört aber auch politische Bildung mehr denn je zu den dringenden Notwendigkeiten und zu den unerlässlichen und zu pflegenden Bestandteilen einer demokratischen politischen Kultur. Teilhabe durch Bildung bedeutet nicht nur Passivität oder soziale Aktivierung. Im Sinne einer kritisch-emanzipatorischen Bildung muss es das Ziel sein, Ungleichheitsideologien zu dekonstruieren und den Wert politischer und sozialer Beteiligungsrechte möglichst früh durch eigene Anschauung und Engagement zu erfahren. So wird Partizipation an und durch Bildung zu einem gelebten Prinzip des Politischen.

Um das Menschenrecht auf Bildung zu verwirklichen und die Bildungsrepublik zu erreichen braucht es mehr als einen Bildungsgipfel. Zur Bewältigung all der Herausforderungen ist eine nationale Bildungsallianz, in der Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit den Sozialpartnern eine echte gesellschaftliche Bildungsstrategie ausarbeiten, unerlässlich. Wir brauchen aber auch wesentlich mehr Finanzmittel als bislang vorgesehen. Dazu bedarf es aber nach wie vor der Umverteilung von Vermögen, Einkommen und Arbeit. Denn eine bessere (Aus)Bildung erhöht zwar die Chancen auf dem Arbeitsmarkt; Erwerbslosigkeit, Armut und gesellschaftliche Spaltung werden dadurch jedoch nicht beseitigt.

Eine Stunde Bewegung für jeden Schüler und jede Schülerin

Für eine Revolution des Schulsports

Von: **Dr. Bernd Kaßbaum** (*Mitglied der Redaktionsgruppe von DENK-doch-MAL*)

PROFIFUßBALL Sport, so formulierte es Ewald Lienen vom FC St. Pauli bei *Denken-am-See 2018* „*kann auch unglaublich viel Positives bewegen*“. Sport sei unermesslich wichtig im Rahmen von Gesundheits- und Persönlichkeitsentwicklung, Sport müsse Bestandteil einer fortschrittlichen Bildungspolitik sein.

Neymar-Wechsel 222 Millionen Euro: spaltet oder eint der Profifußball die Gesellschaft? So lautete die an Ewald Lienen gerichtete Frage im Rahmen des auch in 2018 statt gefundenen „Denkens am See“ in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Ewald Lienen muss man eigentlich nicht vorstellen. Er kann auf eine lange Karriere als herausragender Fußballer und auf eine knapp 25 Jahre andauernde Trainerkarriere zurückblicken. Zuletzt war er von 2014 bis 2017 Trainer beim FC St. Pauli. Seitdem ist er dort Technischer Direktor. Er verantwortet die Sichtung, Begleitung und Coaching der Nachwuchstrainer. Zudem kümmert er sich um die internationalen Kooperationen, ist sog. Wertebotschafter des Vereins und sorgt sich um die Sponsorenpflege. Vor allem ist Ewald Lienen ein wichtiges Aushängeschild eines in vielerlei Hinsicht selten gewordenen Fußballclubs, der von sozialer Verantwortung nicht nur spricht, sondern diese über eine Vielzahl bemerkenswerter Projekte auch praktiziert.



Ewald Lienen war nicht nur ein herausragender Fußballer und Trainer. Er hat immer wieder auch zu gesellschaftlichen und politischen Themen Stellung bezogen. Beispielhaft war Ewald Lienen 1987 einer der Mitbegründer der Vereinigung der Vertragsfußballspieler. Er kritisierte öffentlich die Berufsverbote, stand der Friedensbewegung sehr nah und kandidierte 1985 gemeinsam mit der bekannten Theologin Uta Ranke-Heinemann für die Friedensliste, um die Themen der Friedensbewegung in den Landtagswahlkampf von Nordrhein-Westfalen zu bringen.

Sport hat eine Funktion für Gesundheit, Bildung und Demokratie

Auch heute nimmt er in vielen Veranstaltungen kein Blatt vor den Mund. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die enge Verbindung zwischen Gesellschaft und Sport. So wie der Sport vieles spiegelt, was die Gesellschaft bestimmt, so sieht er auch die Möglichkeiten des Sports in umgekehrter Richtung, nämlich in seiner Funktion für Gesundheit, Bildung und Demokratie.

Die Stuttgarter Nachrichten geben Ewald Lienen's Ansichten über das Verhältnis von Sport und Gesellschaft so wieder: *„Er begreift den Fußball als gesellschaftliche Kraft, die Fundamentales bewirken könne. Er spricht vom Klimawandel, der die Menschheit bedrohe, von Altersarmut, von raffgierigen Vorständen und rücksichtlosen Bänkern – und vom Sport als ideale Schule für die Demokratie.“* (SN vom 20.12.2017).

In seinem Vortrag ging es Ewald Lienen genau um diese Wechselbeziehungen zwischen Sport und Gesellschaft, um die Missstände im Profifußball und in der Sportpolitik, um Spaltungstendenzen in der Gesellschaft und um die Wirkung des Sports selbst.

Seine Ausgangsthese war: *„Der Profifußball eint und spaltet die Gesellschaft. Was die Gesellschaft spaltet, sind in erster Linie unsere Bildungspolitik, unsere Arbeitsmarktpolitik, unsere Wohnungspolitik (...), unsere Sportpolitik.“*

Sport – so führte Ewald Lienen immer wieder aus – *„kann aber auch unglaublich viel Positives bewegen“*. Sport sei unermesslich wichtig im Rahmen von Gesundheits- und Persönlichkeitsentwicklung, Sport müsse Bestandteil einer fortschrittlichen Bildungspolitik sein.

Profifußballvereine als Wirtschaftsunternehmen

Einerseits gebe es gerade im Profifußball viele Entwicklungen, die aus Sicht der Fans, vieler Spieler und großer Teile der Gesellschaft problematisch seien. Ewald

Lienen ging hierbei u.a. auf sportliche, mehr aber auf die wirtschaftlichen Entwicklungen rund um den Profisport ein, die vielfach zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen den zu Wirtschaftsunternehmen gewordenen Fußballclubs und den Fans führten. Letztendlich ließen sich viele Prozesse aber nicht mehr zurückführen.

Deswegen sei umso wichtiger, was in den einzelnen Vereinen passiere und wie man sich hier auch als Mitglied, Fan oder Sponsor einbringe. Am Beispiel des FC St. Pauli führte er aus, wie wichtig dabei sei, wie sich ein Club selbst aufstelle, welche sportlichen und materiellen Ziele er verfolge und wie er versuche, seine sportlichen und sozialen Ziele auszubalancieren. So wies Ewald Lienen beispielhaft auf ein gerade durchgeführtes Gastspiel seines Vereins bei Detroit City hin, einem Verein, der sich zu seiner sozialen Verantwortung in der von vielen Problemen geprägten Stadt bekenne und wie St. Pauli ebenfalls viele soziale Projekte durchführe.

In diesem Zusammenhang sei auch „privates Geld“ durchaus sinnvoll, um diese Projekte zu ermöglichen, wenn die Einnahmen des Vereins nicht ausreichen und öffentliches Geld fehle. Deshalb machten nach Auffassung von Ewald Lienen auch im Profifußball CSR-Projekte Sinn. CSR steht hierbei für Corporate Social Responsibility und lässt sich frei mit „unternehmerischer Sozialverantwortung“ übersetzen.

Ewald Lienen erinnerte daran, dass der FC St. Pauli 2017 für seine sog. Kiezheldenprojekte (<https://www.fcstpauli.com/kiezhelden/dauerprojekte/>) von der „Football is More Foundation“, die selbst ebenfalls von der Privatwirtschaft unterstützt wird, mit einem Preis bedacht worden ist. 2015 war übrigens schon mit Werder Bremen erstmals ein deutscher Proficlub ausgezeichnet worden.

Besorgt äußerte sich Ewald Lienen über die untergeordnete Rolle des Sports in der Gesellschaft. Ein Herzensanliegen ist ihm die Verbindung von Bildung und Sport. Insbesondere die schulische Bildung hat er dabei im Blick. Gab es „früher einen übergewichtigen Schüler in der Klasse, hat sich heute das Verhältnis nahezu umgedreht.“ Viele Dinge liegen in den Schulen nach seiner Ansicht im Argen. Deutschland habe eines der schlechtesten Schulsysteme in Europa, die Schulen müssen die meisten sozialen und gesellschaftlichen Probleme ausbaden ohne dass sie ausreichend unterstützt würden. Lehrerinnen und Lehrer seien oft überfordert und werden für diese Aufgaben nicht ausreichend ausgebildet.

Rolle des Sports in den Schulen

Das könne keine positive Wirkung auf die Motivation der Lehrkräfte haben. Kritisch setzte sich Ewald Lienen mit der Lehrerausbildung, der Unterrichtspraxis

vieler Lehrerinnen und Lehrern und der Rolle des Sports an den Schulen auseinander. Der Sport führe an Schulen nur ein Nischendasein und könne seinen realen Möglichkeiten nicht gerecht werden. Es sei nicht nachzuvollziehen, dass Sport auch außerhalb der Leistungskurse benotet und damit weniger leistungsfähige Schülerinnen und Schüler faktisch demotiviert würden.

Grundsätzlich muss über die Bedeutung von Sport auch in der frühkindlichen oder in der beruflichen Bildung nachgedacht werden. Warum sollen Auszubildende im Rahmen ihrer Ausbildung nicht regelmäßig Sport treiben?

Sport hat, davon ist Ewald Lienen überzeugt, eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung junger Menschen. Sport fördert die Gesundheit, er unterstützt die kognitive Entwicklung und trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Sport vermittelt Werte, die auch für die Gesellschaft wichtig sind. Insbesondere der Mannschaftssport sei unabdingbar für die Demokratieerziehung. Denn Demokratie muss eingeübt werden. „*Wo ist dies einfacher möglich als im Sport*“, fragte Ewald Lienen.

Schulsport braucht eine Revolution

Deshalb – so die zentrale Forderung Ewald Lienes an die Kultusminister „*muss der Schulsport revolutioniert werden.*“ Täglich eine Bewegungsstunde für alle Schülerinnen und Schüler an allen Schulen – das könnte ein großer Schritt nach vorne sein.

Eine ähnliche Bedeutung hat für ihn auch der Breitensport. In vielen Vereinen werde eine gute Kinder- und Jugendarbeit gemacht. Selten wird sie ausreichend von der Gesellschaft honoriert. Diese Arbeit werde von der Politik viel zu wenig unterstützt, da diese zu sehr auf die Förderung des Spitzensports fixiert sei. Sport könnte gesellschaftlich mehr erreichen – wenn die Politik es denn wolle und sie die Rahmenbedingungen bereitstellen würde. „*Viele begreifen nicht, welche Bedeutung der Sport hat.*“ Die Vereine sollten – so seine Forderung – Jugendbildungsreferenten als Unterstützer für ihre Arbeit bekommen.

Ewald Lienen will es nicht dabei belassen, nur die Forderung an die Politik zu richten. Er setzt sich für konkrete Projekte in allen Bereichen ein. Er selbst versucht Krankenkassen in ein Projekt einzubinden, von der er sich eine große Breitenwirkung erhofft. Überdies sind für ihn Missstände im Sport und in der Gesellschaft nur anzupacken, wenn Fans, Eltern und alle anderen sich aktiv in das sportliche Geschehen einmischen würden. Sport – so ließe sich schließen – ist in diesem Sinn auch Gesellschaftspolitik. In Sport sollte sich jeder Mann und jede Frau einmischen.

Dem Vortrag folgte eine engagierte Diskussion, die maßgeblich von dem leidenschaftlich vorgetragenen Input des Referenten lebte.

Die „11 Freunde“ – ein renommiertes Fußballmagazin – kam neulich zu dem Schluss: *„Denn exakt so ist Ewald Lienen. Ein im sympathischen Sinne verschrobener Freigeist, der den Fußball liebt, aber nach seiner davon unabhängigen Agenda lebt und das große Ganze, sprich: die gesellschaftlichen Zusammenhänge, nie aus den Augen verliert“* (11 Freunde, Heft, 7/17).

Auf der Tagung in Tutzing stellte Ewald Lienen diese Haltung eindrucksvoll unter Beweis.

Möglichkeiten und Grenzen des Breitensports für die politische Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Durch Fußball ein geistig flexibler, solidarisch handelnder und politisch interessierter Mensch?

Von: **Gerhard Labusch** (*Ausbilder und Betriebsrat*)

SPORT GEGEN SPALTUNG Ich habe erlebt und erlebe es noch, dass Menschen ausgegrenzt und gemobbt werden, wenn sie kulturell, sozial oder auf Grund von Behinderungen nicht ins System passen, egal ob im Fußball, Schule, Sport, der Freizeit oder im Betrieb. Sie werden gehänselt, ausgelacht und auf fiese Art und Weise gepiesackt und das auch z.T. unter Beteiligung der Trainer und Betreuer. Hier gilt es Flagge zu zeigen und gegen an zu gehen.

Meine These ist: Der Fußball oder auch andere Mannschaftssportarten können bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen dazu beitragen, sie über die Förderung von Bewegung und Teamfähigkeit für gesellschaftspolitische Themen zu sensibilisieren. Durch die wertschätzende Förderung und Vermittlung sozialer Kompetenzen, wie z.B. den Teamgedanken, „nur gemeinsam sind wir stark“, werden die Jugendlichen darin unterstützt, die eigene Haltung zu reflektieren, vielfältige Perspektiven einzunehmen sowie Beteiligungsformen und Handlungsoptionen zu entwickeln, um somit Verantwortung für sich zu übernehmen. Dies bedeutet, über den Fußball und den Sport Wege zu eröffnen, Jugendliche und Jung-Erwachsene ‚fit zu machen‘, an der Gesellschaft aktiv und reflektiert teilzuhaben. Es gilt ihre Urteilsfähigkeit und Selbstverantwortung zu stärken, damit sie ihre Welt selbstbestimmt gestalten können.

Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass Bewegung entspannend und gesundheitsfördernd wirkt.

Durch meine lange Tätigkeit als ehrenamtlicher Trainer und Betreuer im Bereich von Fußballmannschaften von der G-Jugend bis zu den Herren beim HEBC Hamburg habe ich das selbst erlebt.

Was der Mannschaftssport darüber hinaus auch im späteren Berufsleben für einen Beitrag zur Teambildung und das soziale Verhalten leisten kann, wurde durch den Betriebssport bestätigt.

Ich habe aber auch erlebt und erlebe es noch, dass Menschen ausgegrenzt und gemobbt werden, wenn sie kulturell, sozial oder auf Grund von Behinderungen nicht ins System passen, egal ob im Fußball, Schule, Sport, der Freizeit oder im Betrieb. Sie werden gehänselt, ausgelacht und auf fiese Art und Weise gepiesackt und das auch z.T. unter Beteiligung der Trainer und Betreuer. Hier gilt es Flagge zu zeigen und gegen an zu gehen.

Was bedeutet dies und wie muss es umgesetzt werden?

Sport muss gesellschaftlich als Lernzeit anerkannt und gefördert werden. So ist der Trend nicht nach zu vollziehen, dass Sport in Beruflichen Schulen weitgehend nicht mehr angeboten wird, um Lernzeit für andere wichtigere „Fächer“ bzw. Lernstoffe zu schaffen. Damit wird Sport zu einer inhaltsleeren und rein körperlichen Aktivität degradiert. Ihm wird die soziale, gesellschaftliche Komponente abgesprochen. Die pädagogische Relevanz des Sports und insbesondere des Mannschaftssports also auch des Fußballs wird nicht erkannt.

Außerhalb der sportwissenschaftlichen Fachdiskussion gilt Sporttreiben nicht selten als „Freizeitbeschäftigung“ und damit reiner körperlicher Betätigung ohne besondere pädagogische Qualität.

Dieser Widerspruch taucht auch in der Wissenschaft als normative Unterscheidung zwischen unverbindlichem „Sporttreiben“ und pädagogisch gehaltvoller „Jugendarbeit“ auf. Er basiert auf der Unterstellung, „dass es eine Grenzlinie gebe zwischen einer ‚rein sportlich orientierten Arbeit‘ ohne pädagogische Qualität einerseits und einer ‚eigentlichen‘ Jugendarbeit mit pädagogischem Anspruch andererseits“ (*Baur & Braun, 2000, S. 378*). Eine solche Grenze allerdings ist gar nicht gegeben – wer wollte den Unterschied zwischen dem Fußballspiel der Jugendabteilung eines Sportvereins und dem Fußballspiel auf dem Jugendcamp der Gewerkschaft definieren?[1]

Hieraus folgt, dass neben dem organisierten Sport in Schule und Beruf, der Ausbau von Sportstätten sowie Sportvereine in ihrer gesellschaftlichen und pädagogischen Funktion stärker zu fördern sind. Daneben muss es aber auch Sportstätten geben, die ohne eine Bindung an Vereine oder andere Organisationen für sportliche Aktivitäten zur Verfügung stehen, um dem unorganisierten Freizeitsport, der ja ebenfalls eine pädagogische Funktion hat, Rechnung zu tragen. Anzustreben wäre, dass zur Unterstützung und Betreuung zumindest zeitweise pädagogisch geschultes und geeignetes Personal zur Verfügung steht.

Dass Bewegung und sportliche Betätigung nicht nur für Jugendliche und Jung-Erwachsene wichtig ist, sondern auch eine Hilfe zur Prävention und Gesundheitsförderung unabhängig vom Alter ist, ist inzwischen eine allgemeingültige Erkenntnis. Durch die Veränderung der Arbeitswelt durch Industrie 4.0 und der Digitalisierung wird das nach meiner Auffassung noch verstärkt zur Geltung kommen.

Fitness-Center sind keine Alternative

Die Verlagerung hin zu den kommerziell betriebenen Fitness-Centern und die dadurch geförderte Individualisierung und Ausgrenzung von Menschen, die sich die Mitgliedschaft aus finanziellen Gründen nicht leisten können, ist in meinen Augen keine Alternative.

Das Ganze muss mit einer Trainingsarbeit verbunden sein, die nicht das Siegen, und das Prinzip „Höher-Weiter-Besser“ in den Vordergrund stellt. Das spielerisch handlungsorientierte Erlernen von Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten (Kompetenzen) muss wie beim beruflichen Lernen im Vordergrund stehen. So müssten dringend die mehr oder weniger wissensbasierten Trainingsmethoden durch handlungsorientierte Trainingsmethoden abgelöst werden. Handlungsorientiertes Training stellt das Spiel in den Vordergrund und nicht das reine Erlernen durch Vormachen und Nachmachen von bestimmten Spielsystemen sowie das Dozieren über Taktik und Spielsysteme. Das Lernen muss Spaß bringen und passiert über das Tun. Durch das Spiel sowie die dafür notwendigen Regeln und notwendigen „Kompetenzen“ werden auch soziale Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Flexibilität, situative Handlungsfähigkeit u. ä. informell, also in nicht organisierter Form erlernt.

„Handeln und Handlungskompetenzen kann man nur dadurch lernen, dass man tatsächlich handelt, selbst Erfahrungen macht, sie aufarbeitet, daran wächst und sich schließlich selbst verändert und erzieht. Sollen Handlungskompetenzen gebildet werden, müssen Lernsituationen geschaffen werden, in denen nicht nur aufgenommen und gedacht, sondern in denen lernend gehandelt werden muss! Diese Handlungssituationen müssen diejenigen Anforderungen an Fähigkeiten enthalten, die in und an ihnen gelernt werden soll.“ [2]

Dieser Grundsatz gilt für die schulische und berufliche Bildung ebenso wie für den Sport und das Erlernen des Fußballspiels. Und diese Ansicht korrespondiert im Übrigen auch mit meinen 30jährigen Erfahrungen als Ausbilder für Jung-Erwachsene und Erwachsene in der Berufsbildung sowie mit meinen kurzen Erfahrungen in der Berufsschule als Referendar für das Gewerbelehramt.

Zu hinterfragen ist in diesem Zusammenhang, ob eine Benotung oder andere Bewertungen der reinen Leistung insbesondere im Sportunterricht zielführend sind und nicht das Gegenteil von dem bewirken, was man erreichen möchte. Individuelle Verbesserung und Stabilisierung von Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten (Kompetenzen) lässt sich nicht an Noten festmachen oder beschreiben.

Lange Vorträge ziehen nicht an

Das reine wissensbasierte vermitteln von Lerninhalten geprägt von langen Vorträgen der Lehrer, was wir vom Schulunterricht kennen, ist auch beim Fußballtraining häufig vor zu finden. Das schreckt insbesondere Jugendliche und Jung-Erwachsene ab, die schlechte Erfahrungen in der Schule machen oder gemacht haben. Das gilt nicht nur für den Sport sondern z.B. auch das Lernen in der Berufsbildung.

Das Spiel und das gemeinsame Handeln, dass auch den Schwächeren mit einbezieht und zum vollwertigen Mitglied des Teams macht, muss die Leitlinie des Trainings sein.

Ein gemeinsamer Erfolg ist nicht nur gegeben, wenn ein Sieg erreicht wird, sondern auch dann, wenn man gemeinsam ein schönes und gutes Spiel geschafft hat. Erfolg ist, wenn man sich gegenüber dem vorigen Spiel oder der Vorsaison spielerisch als Team und individuell verbessert hat. Dabei sind auch Misserfolge möglich und müssen gemeinsam aufgearbeitet werden.

Das ist nicht immer leicht durchzusetzen, da es einen nicht unerheblichen Einfluss von außen gibt. Da sind die Eltern, die häufig ehrgeiziger sind als die eigenen Kinder, sie sollen einmal besser werden als man selbst. Am besten wäre es, wenn die Kinder Nationalspieler aber mindestens Bundesligaspieler werden. Da sind die Ansprüche des Vereins, des Trainers und auch die gesellschaftliche Norm, die den Gewinn über Alles stellt. Gegen diese Ansprüche zu Arbeiten ist nicht leicht und ist von Konflikten begleitet.

Dann kommen noch die kulturellen Gegensätze dazu, die nach meiner Erfahrung auch in der Regel außengesteuert sind. Es gilt empathisch auf diese Konflikte zu reagieren. Der Teamgedanke steht im Vordergrund und nicht das Trennende, dass gilt auch für die kulturellen Differenzen. Angemessen auf Konflikte und Auseinandersetzungen zu reagieren stellt hohe Ansprüche an einen selbst und man kommt an seine Grenzen. Das ist auch mir so ergangen und so waren auch Rückschläge zu verzeichnen. So kam es immer wieder zu Konflikten und z.T. handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden, Serben und Kroaten und zwischen den Deutschen. Jugendliche wurden von den Eltern

abgemeldet, der Verein wollte Erfolge und es war nicht leicht finanzielle Unterstützung für Trainingsanzüge usw. zu bekommen, wenn die Mannschaft nicht im Sinne der Norm erfolgreich war.

Aber es lohnt sich, hier gegen den Strom zu schwimmen. Nach meinen eigenen Erfahrungen kann es gelingen unterschiedliche Kulturen, Persönlichkeiten und Fähigkeiten so zu verbinden, dass die Mannschaft zu einem Team wird und das nicht nur auf dem Fußballplatz. So ist zum Beispiel das sozial und kulturell bunt gemischte Team der G-Jugend das ich über die A-Jugend bis zur Herrenmannschaft trainiert und betreut habe, noch heute zum größten Teil miteinander befreundet und unternimmt auch gemeinsame Aktivitäten außerhalb des Fußballs. Man hilft sich untereinander, fährt z.T. noch gemeinsam in Urlaub und vieles mehr.

Da der Gemeinschaftsgedanke aber auch von rechten Kräften genutzt und missbraucht wird, muss die Vielfalt im Vordergrund stehen. Niemand darf wegen seiner Hautfarbe, seines Glaubens, seiner Kultur, seiner Sexualität und seiner sozialen Stellung ausgegrenzt werden. Das bedeutet auch, dass die im Fußball typischen Sprüche wie, „du brauchst dicke Eier“, „schwule Schwuchtel“, „stell dich nicht so mädchenhaft an“, „Weichei“ und ähnliche immer wieder problematisiert werden müssen.

Jeder im Team sollte sich damit auseinandersetzen, was es für ihn selbst bedeutet, wenn er mit so einem Spruch tituiert wird. Hier liegt noch viel Arbeit vor uns. Aber so kann der Fußball seinen Beitrag gegen die weitere Spaltung der Gesellschaft leisten.

Fußnoten

[1] Vgl.: Golenia M., Neuber N. (2010) Bildungschancen in der Kinder- und Jugendarbeit – eine Studie zum informellen Lernen im Sportverein. In: Neuber N. (eds) Informelles Lernen im Sport. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 190

[2] Bauer, Brater u.a. Lern(prozess)begleitung in der Ausbildung, Bielefeld 2010, S. 45

Betriebsatlas soll helfen

Transformation der Arbeit: Wie bleiben Gewerkschaften stark?

Von: **Christiane Benner** (*Zweite Vorsitzende der IG Metall*)

GEWERKSCHAFTEN: Qualifizierung für die Digitalisierung ist eine übergreifende Aufgabe, die Arbeitgeber, Politik und Gewerkschaften gemeinsam bewältigen müssen. In jedem Betrieb muss es eine Betriebsvereinbarung zur Qualifizierung geben.

Unsere Industrie und unsere Arbeitsgesellschaft verändern sich. Die Megatrends Digitalisierung, Elektrifizierung, Globalisierung und Feminisierung der Arbeit wirken in ihrem Zusammenspiel wie ein Katalysator auf die Veränderungen in unserer Arbeitswelt. Diese Veränderungen haben natürlich Auswirkungen auf die Belegschaftsstrukturen und Arbeitsorganisationen.

Gleichzeitig ist festzustellen: Studien, die langfristige positive oder negative Beschäftigungseffekte aus diesem Wandel ableiten, eignen sich nicht als seriöse Handlungsgrundlagen. Echte und selbsternannte Experten überschlagen sich derzeit geradezu mit wilden Phantasien über unsere Zukunft. Es ist aber die Aufgabe der Gewerkschaften diesen Wandel der Arbeitsgesellschaft zu gestalten. Grundlage ist unsere starke Sozialpartnerschaft und unsere gewerkschaftliche Organisationsstärke.

Nur gemeinsam mit Betriebsräten und den Beschäftigten lässt sich Veränderung gestalten. Dafür müssen Gewerkschaften ein Spiegelbild der Belegschaften und ein Sprachrohr ihrer Interessen sein. Wenn also die Beschäftigten in den Betrieben jünger, weiblicher und vielfältiger werden, dann muss die IG Metall das auch werden. In der letzten Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie hat die IG Metall aufgezeigt, wie Beteiligung ganz konkret aussehen kann.

Neue Formen der Arbeit aktiv gestalten

Die Beteiligung der Beschäftigten kann viele Gesichter haben, die Befragung im Rahmen der Tarifrunde ist nur ein Beispiel. Gerade bei neuen Beschäftigungsformen – wie zum Beispiel dem Crowdfunding – kann Beteiligung der erste Schritt sein, um Gewerkschaften als Akteure überhaupt erst ins Gespräch zu bringen.

Bei Crowdfunding werden Aufträge über digitale Plattformen innerhalb, vor allem aber auch außerhalb des Unternehmens vergeben. Das ist heute entlang der gesamten Wertschöpfungskette möglich. Damit sind erhebliche Risiken für die Beschäftigten verbunden, weil diese Arbeitsform nicht reguliert ist. Die Plattformbetreiber bestimmen die Arbeitsbedingungen nach ihren eigenen Vorstellungen.

Feste Arbeitsverhältnisse machen zunehmend fein parzellierten Auftragsarbeiten Platz. Soziale Errungenschaften, wie Kündigungsschutz, Mindestlöhne, Sozialversicherungspflicht, Altersvorsorge, Schutz bei Krankheit, Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen sowie die Koalitionsfreiheit, geraten unter Druck! Diese Art der Plattformökonomie könnte auf unseren Sozialstaat und auf die Mitbestimmung eine genauso zerstörerische Wirkung entfalten wie auf etablierte Geschäftsmodelle in Unternehmen.

Aus diesem Grund hat die IG Metall den Kontakt mit den Beschäftigten gesucht. Durch Workshops, Umfragen und einer Unterstützung bei rechtlichen Problemen fand nicht nur ein Austausch statt. Dabei wurde auch deutlich, bei welchen Problemstellungen die Plattform-Beschäftigten sich Unterstützung wünschen.

Eine Trennung von online- und offline-Form der Beteiligung stellte sich hierbei als nicht sinnvoll heraus, da diese Trennung auch in der Arbeitswirklichkeit der Beschäftigten nicht vorgenommen wird. Die Ergebnisse waren die Grundlage für Gespräche mit den Arbeitgebern und den politisch Verantwortlichen.

So konnten wir in einem ersten Schritt erreichen, dass die Plattformen eine Selbstverpflichtung für Mindeststandards eingehen. Dazu zählt neben einer angemessenen Vergütung vor allem eine verbindliche Zusage, dass erledigte Arbeiten überhaupt vergütet werden. Zur Kontrolle haben wir eine Ombudsstelle eingerichtet.

Als IG Metall geht es uns aber nicht nur darum neue Arbeitsformen sozial gerecht zu gestalten, sondern auch die Veränderungen in den Betrieben begleiten. Durch umfassende Vernetzung und BigData entstehen neue Produkte und Produktionsverfahren. Agile Arbeit, Künstliche Intelligenz und Roboter haben heute schon Auswirkungen auf die Art und Weise, wie in den Betrieben gearbeitet wird.

Fünf Punkte Plan für innovative Mitbestimmung in der Digitalisierung

Als Gewerkschaften ist es unsere Aufgabe die Beschäftigten bei diesen Veränderungen nicht nur zu begleiten, sondern sie aktiv in die Veränderungsprozesse einzubeziehen. Man muss Vertrauen bei den Menschen aufbauen. Die Botschaften müssen sein: Ihr werdet nicht alleine gelassen!

Grundlage für diese Gestaltung muss eine Analyse der betrieblichen Gegebenheiten sein. Aus dieser Analyse können dann betriebliche und tarifliche Forderungen abgeleitet werden. So kann beispielsweise eine „**Roadmap Digitalisierung**“ entstehen. Dafür hat die IG Metall in NRW ein Instrument entwickelt: Den **Betriebsatlas**. Abteilung für Abteilung kann dort über unsere Mitbestimmungsgremien genau abfragen, wie Digitalisierung und Industrie 4.0 gestaltet werden sollen.

(Link zum Fünf-Punkte-Plan: <https://www.igmetall.de/christiane-benner-hannover-messe-2018-mischt-euch-ein-27310.htm>)

Dieses Instrument werden wir als „Betriebsatlas“ flächendeckend in unserem Organisationsbereich ausrollen. So können wir zum Beispiel in der Autoindustrie neben der Digitalisierung auch die Folgen der Elektrifizierung abfragen. Nur wenn wir frühzeitig Entwicklungen erkennen, ist es möglich proaktiv zu handeln.

Eine mögliche Schlussfolgerung ist die passgenaue Qualifizierung der Beschäftigten. Heute schon müssen die meisten Beschäftigten in den technischen Berufen viel mehr analytisch und in komplexen Prozessen arbeiten als noch vor 20 Jahren. Für diese Fähigkeiten braucht es Weiterbildungen. Dafür müssen wir Freiräume schaffen und die Finanzierung sicherstellen.

In jedem Betrieb muss es auf Basis der ermittelten Qualifikationsbedarfe eine entsprechende Betriebsvereinbarung zur Qualifizierung geben. Qualifizierung für Digitalisierung ist eine übergreifende Aufgabe, die Arbeitgeber, Politik und Gewerkschaften gemeinsam bewältigen müssen. Frühzeitig sind z.B. auch die Arbeitsagenturen einzubeziehen nur so können auch KMU die nötigen Maßnahmen umsetzen. Darüber hinaus wird es nötig sein, Ausbildungs- und Weiterbildungskonzepte weiter zu entwickeln. Die Digitalisierung erfordert neue Spezialisierungen – nicht nur Ingenieure und ITler, sondern auch Facharbeiter und Bürokräfte mit neuen Kompetenzen.

Neben einer Analyse der Veränderungen und Qualifizierung wird auch der Schutz von Beschäftigendaten in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen müssen. Heute schon laufen einige Beschäftigte mit Tablets durch die Werkshallen, planen ihre

Schicht mit Schicht-Doodle und tragen Datenbrillen oder smarte Handschuhe. Im Vertrieb werden sie mit einer digitalen Assistentin durch den Tag geführt. All diese Arbeitsprozesse produzieren Daten. Aus diesem Grund müssen wir Regelungen finden, wie mit diesen Daten umgegangen wird. Es muss sichergestellt werden, dass durch Datenerfassung keine Leistungs- und Verhaltenskontrolle erfolgt.

Denkbar wäre eine Art verbindlicher „**Beschäftigten-Datenbrief**“. Auf Grundlage einer Betriebsvereinbarung müssten die Arbeitgeber in festen Abständen die Beschäftigten darüber informieren, welche Daten sie erheben und wie sie diese verwenden.

Die Unterbindung von Leistungs- und Verhaltenskontrolle ist ein wichtiger Baustein beim Thema Schutz vor physischer und psychischer Belastung. Insgesamt gibt es schon viele gute Beispiele im Organisationsbereich der IG Metall im indirekten Bereich: es reicht von Regelungen zu mobiler Arbeit bis hin zu klaren Regelungen für die E-Mail-Kommunikation.

Die Devise der IG Metall lautet hierbei: **Mehr Selbstbestimmung und mehr Freiheit für die Beschäftigten.**

Wir wollen verhindern, dass Digitalisierung zu einer weiteren Taylorisierung der Produktion führt und dadurch Spezialisierung sowie Qualifizierung verringert wird. Auch der aktuelle Tarifabschluss für die Metall- und Elektroindustrie ist ein ganz wesentlicher Beitrag, um die Belastungen der Beschäftigten zu reduzieren.

Letztlich muss – gerade im Hinblick auf die Digitalisierung – die Beteiligung der Beschäftigten an gewerkschaftlichen und betrieblichen Entscheidungsfindungsprozessen ausgebaut werden. Ab dem ersten Tag, an dem neue Produktionssysteme eingeführt werden, müssen alle betroffenen Beschäftigten nach ihrer Meinung gefragt werden. Die Devise „erst wird eingeführt, anschließend wird geschult“ funktioniert bei Digitalisierung und Industrie 4.0 nicht.

Jeder Betrieb hat einzigartige Herausforderungen, Abläufe und Arbeitskulturen. Schon allein aus diesem Grund ist Beteiligung hier unerlässlich. Nur die Einbindung der Beschäftigten vermeidet unnötige Fehler und erspart viel Frustration in den Belegschaften.

In vielen Betrieben baut die Kapitaleseite aktuell immer mehr direkte Beteiligungselemente ein oder baut durch agile Arbeitsmethoden Hierarchieebenen ab. Diese Entwicklung findet sowohl in der Produktion als auch in den wachsenden Entwicklungs- oder Höherqualifizierten-Bereichen statt. Auf diese Veränderung muss die IG Metall eine Antwort geben. Wir selbst müssen die echten Beteiligter werden und den Beschäftigten bei der selbstbestimmten Arbeitsgestaltung beiseite

stehen. Unsere klassischen Mitbestimmungsstrukturen sind bewährt und erfolgreich.

Es gibt deshalb keinerlei Anlass, sie zu ersetzen. Aber wir können sie ergänzen. Wir könnten noch besser werden, wenn wir Elemente direkter Beteiligung in unsere bewährte Mitbestimmung integrieren können. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel digitale Beteiligung vor und auf Betriebsversammlungen oder Betriebsräte als Teil agiler Teams. Nur mit neuen Methoden werden wir die notwendige öffentliche Unterstützung für unsere Mitbestimmungspolitik bekommen.

Die bisherigen, rein repräsentativen Methoden reichen dafür nicht mehr aus. Dabei geht es nicht vorrangig um den Nachweis, dass wir technisch auf der Höhe der Zeit sind. Es geht darum, dass wir zeitgemäße Beteiligungsformen verstanden haben und praktizieren. Nur permanente Beteiligung ermöglicht es, das Vertrauen in den Belegschaften auszubauen und so noch besser über die Bedürfnisse der Beschäftigten zu erfahren.

Den Beweis dafür hat die IG Metall selbst erbracht: an unserer Beschäftigtenbefragung haben sich über 680.000 Menschen beteiligt. In einer kritischen Phase, als die Arbeitgeber die IG Metall wegen den 24 Stunden-Streiks verklagen wollten, konnten wir uns auf eine breit getragene Forderung verlassen. Sowohl innerhalb der Belegschaften als auch in der breiten Öffentlichkeit stütze die Befragung unserer Position. Solche Elemente direkter Beteiligung tun unserer betrieblichen Mitbestimmung gut.

Ein Beitrag von DENK-doch-MAL.de Redakteur Klaus Heimann

Die Rezension - Marco Maurer: Du bleibst was du bist

Warum bei uns immer noch die soziale Herkunft entscheidet

Von: **Dr. Klaus Heimann** (*Freier Journalist, Moderator und Berater, Berlin*)

REZENSION Es geht Marco Maurer, dem Jungen aus Bayern, um Gerechtigkeit in Deutschland, genauer gesagt um Bildungsgerechtigkeit. Es geht ihm um ein „chancengerechteres Bildungssystem“, das er in seiner Zeit nicht fand. Auch jetzt, Jahre später, hat er es bei seiner ausgiebigen Recherche in Deutschland nicht gefunden. Stattdessen fand er ein Land, in dem die Herkunft eines Menschen über seine Bildungsbiographie, seine Berufskarriere, seine soziale Stellung und damit über sein ganzes Leben entscheidet. Es gefällt ihm ganz und gar nicht, dass „Du bleibst was Du bist“. Hier die Rezension seines wunderbaren Buchs.

Marco Maurer, Jahrgang 1980, Sohn einer Friseurin und eines

Kaminkehrers, wuchs in einem kleinen Dorf in Bayerisch-Schwaben auf, wo seine Mutter vergeblich versuchte, ihren Sohn auf eine weiterführende Schule zu schicken. Nach einer Lehre als Molkereifachmann holte er sein Abitur auf einem Kolleg nach, studierte und startete auf der Deutschen Journalistenschule in seinen Traumberuf. Heute ist er unter anderem Autor für *DIE ZEIT*, die Süddeutsche Zeitung und den Bayerischen Rundfunk. Seine Reportagen wurden mehrfach prämiert.

Für den schnellen Leser: Auf einen Blick

Von 100 Akademikerkindern schaffen 71 den Sprung auf die Universität, von 100 Nichtakademikerkindern nur 23. Diese Zahlen sind Ergebnis einer strikten sozialen Auslese. Denn immer noch hält sich das Vorurteil, die Intelligenz von Kindern habe etwas mit ihrer sozialen Herkunft zu tun. Marco Maurer zeichnet in seinem Buch das Bild eines ungerechten Lands, was Bildungschancen angeht. Er hat mit dem deutschen Ex-Außenminister und jetzigem Bundespräsidenten, dem Ex-Chef der Deutschen Bahn, einem Vorstandsmitglied eines Dax-Unternehmens, einem Tatort-Kommissar und vielen anderen gesprochen, um die Gründe für Bildungsungerechtigkeit zu erfahren. Maurer beschreibt die Hindernisse, die sich Kindern aus bildungsfernen Schichten entgegnen. Und er erzählt von einem

Land, in dem das alles als unveränderbar erscheint. Die interviewten Bildungsforscher, Neurowissenschaftler und Psychologen machen deutlich, um was es geht: Wir setzen unsere Zukunft aufs Spiel.

Und hier die Inhalte, etwas genauer



Marco Maurer ist Arbeiterkind, Mutter Friseurin, Vater Kaminkehrer. Damit gehört er zu der Gruppe, die noch immer selten ein Gymnasium besuchen und deshalb auch weniger studieren.

In diesem Buch dreht sich alles und immer wieder um den Autor, den Journalisten Marco Maurer. Er erzählt seine Bildungsgeschichte, von seinen Erfahrungen mit dem Lernen. Und die sind ausgesprochen vielfältig: Er war Grundschüler, Hauptschüler, Realschüler, Berufsschüler, Schüler am Bayernkolleg, Hochschüler an vier Universitäten im In- und Ausland. Zuletzt Schüler einer Journalistenschule. Einmal ist er sitzenglieben.

Als er dieses Buch schreibt ist er 34 Jahre alt, wovon er in Summe 24 Jahre in Bildungseinrichtungen verbrachte. „Mehr Schule geht kaum“, so sein Fazit. Es geht ihm, dem Jungen aus Bayern, um Gerechtigkeit in Deutschland, genauer gesagt um Bildungsgerechtigkeit. Es geht ihm um ein „chancengerechteres Bildungssystem“, das er in seiner Zeit nicht fand. Auch jetzt, Jahre später, hat er es bei seiner ausgiebigen Recherche in Deutschland nicht gefunden. Stattdessen fand er ein Land, in dem die Herkunft eines Menschen über seine Bildungsbiographie, seine

Berufskarriere, seine soziale Stellung und damit über sein ganzes Leben entscheidet. Es gefällt ihm ganz und gar nicht, dass „Du bleibst was Du bist“.

Der Autor fahndet nach den Start- und Aufstiegschancen von jungen Menschen. Am Ende kommt er zu der Überzeugung, dass es nicht nur eine kleine „Schieflage“ gibt, sondern das „kräftig was falsch läuft“ in der Bildung. Immer noch sind Lebenschancen vor allem davon abhängig, in welcher Familie jemand geboren ist, in welchem Milieu er oder sie aufwächst.

Das deutsche Bildungs-Schisma: 100 – 77 – 23

Marco Maurer ist Arbeiterkind, Mutter Friseurin, Vater Kaminkehrer. Damit gehört er zu der Gruppe, die noch immer selten ein Gymnasium besuchen und deshalb auch weniger studieren. 100 – 77 – 23, diese drei Zahlen aus der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) bringen seine individuellen Erfahrungen statistisch auf den Punkt: Von 100 Kindern aus einem Akademikerhaushalt studieren 77, von 100 Kindern aus einem Nichtakademikerhaushalt sind es gerade mal 23. „Auf einmal las ich nicht mehr das Ergebnis irgendeiner Studie, ich las etwas über mich selbst. Meine Biographie in zwei Zeilen gepresst.“ Maurer begriff erstmals, dass er genau das ist, was Soziologen „als einen Menschen aus einem bildungsfernen Milieu“ nennen.

Maurers Berufstraum war Profifußballer oder Sportreporter. „Geplappert habe ich immer gern, Sport liebe ich immer noch und ich wusste, dafür bin ich geschaffen.“ Träume zählen aber nicht besonders viel, das brachten dem Schüler Maurer sein Klassenlehrer und ein Mitarbeiter vom Arbeitsamt bei.

Klassenlehrer Schoch eröffnete Marcos Mutter am Ende der Grundschule „Marco sollte auf der Hauptschule bleiben.“ Der Pädagoge: „Die Realschule ist nichts für ihn.“ Als sie nach einem Aufnahmetest fragt, antwortete er: „Das hat doch keinen Wert bei ihm.“ Lehrer Schoch musste so handeln, eine Empfehlung aussprechen, ob er wollte oder nicht. Das ist übrigens heute immer noch so in Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Lehrerempfehlungen werden von bildungsfernen Schichten selten hinterfragt, meist akzeptiert. Bei bildungsnahen Familien sieht das anders aus. Sie kämpfen für andere Voten.

Ins gleiche Horn wie Klassenlehrer Schoch trompetete der „nette Herr im grauen Anzug“ vom Arbeitsamt, als Maurer ihm erzählte er möchte den Beruf des Journalisten erlernen. „Herr Maurer, fangen Sie nicht an zu träumen.“ Entmutigt vom Klassenlehrer und dem Herrn vom Arbeitsamt kapitulierte Maurer: er wählte

einen Lehr-Beruf: Molkereifachmann. Sein Glück fand er in dieser Arbeit nicht. Deshalb zog es ihn, nach der erfolgreichen Ausbildung, auf das Bayernkolleg nach Augsburg.

Hier traf er im Deutsch-Leistungskurs auf seine Lehrerin Galli. Sie offenbarte am Abend der Abschlussfeier: „Herr Maurer sie würden einen ausgezeichneten Journalisten abgeben“. Zum ersten Mal hatte er das Gefühl, dass sein Traum vielleicht doch erreichbar ist. Mit Frau Galli trat eine Lehrerin in das Leben von Maurer, die ihm die Freude am Lernen vermittelte. Mit Hilfe ihres Arsenal gelber Reclam-Hefte lernten die Schüler Weltliteratur kennen.

Natürlich hat jedes Kind Träume, Wünsche, Vorbilder, wie Maurer schreibt. „Wem aber mit zehn, zwölf Jahren gesagt wird, es komme für ihn nur die Hauptschule in Frage, weil er für alles andere zu dumm sei, der hat nur eine Möglichkeit, seine Selbstachtung nicht zu verlieren: Er muss sich einreden, Bildung sei Blödsinn, und sich andere Aufstiegsmodelle und Vorbilder suchen.“

Aber Bildung ist nicht blöd, Maurer sagt sogar: „Bildung macht glücklich“. Es sind guten Lehrer, die Bücher, die Zeitungen die dabei helfen, die Nachteile des Elternhauses auszugleichen. Im Bayernkolleg traf er auf eine solche Lernumgebung, die Begabungen weckt und fördert. „Schulen können soziale Unterschiede nivellieren. Aber tun sie das auch?“

Die Peruskoulu geht ihren eigenen Weg

Um zu erleben, dass Schule auch ohne frühe soziale Selektion auskommt, musste der Journalist nach Finnland reisen. In Helsinki, an einer Peruskoulu (Grundschule) im trostlosen Nordosten der Stadt, will der Journalist konkret erfahren, wie Schule funktioniert, im viel gerühmten Bildungsland. Es ist eine Basis-Schule für alle. Kinder lernen von der ersten bis zur neunten Klasse zusammen. Natürlich ist die Peruskoulu eine Ganztagschule.

Es sind noch drei weitere Punkte, die dem Journalisten auffallen: Ein wichtiges Hilfsmittel für den finnischen Lehrer ist das Computerprogramm WILMA. Jeder Schüler hat ein WILMA-Profil, es informiert über Hausaufgaben, Examenstermine, Prüfungsergebnisse, Lob und Kritik. Lehrer, Schüler und Eltern kommunizieren über diese Plattform. In der Peruskoula sind alle Unterrichtsmaterialien, Nachhilfeunterricht und Schulessen frei. Der Lehrer unterrichtet nicht allein, es ist immer eine zweite Lehrkraft vorhanden. Bei Bedarf kann diese Zahl sogar auf drei oder vier Pädagogen ansteigen. Dadurch ist es möglich, in der Klasse Leistungsgruppen zu bilden. Das System passt sich, durch die starke Präsenz des Bildungspersonals, den Bedürfnissen und dem Leistungsstand der Schüler an. In Finnland nehmen

etwas mehr als die Hälfte der Schüler in der Regelschulzeit mindestens einmal Förderunterricht in Anspruch.

Beeindruckt zeigt sich der Buchautor von der traumhaften personellen Ausstattung finnischer Schulen. „Langsam verliere ich den Überblick vor lauter Extra-, Spezial- und Zusatzlehrern“, gesteht er dann auch ein. Die Botschaft einer Lehrerin geht ihm nicht aus dem Kopf: „Wir werden hier nicht mit den Problemen alleingelassen. Eure Lehrer in Deutschland leider schon.“ Fußball-Fan Maurer fasst zusammen: „Deutschland spielt bei der personellen Unterstützung seiner Lehrer also nicht in der Champions League, sondern in der Amateurliga.“

Und dann sind da noch die Socken: Warum laufen alle Schüler in Socken durch das Schulhaus? Zu Hause, in ihren Wohnungen tragen Finnen Socken. Und weil die Kinder in der Schule ihr zweites Zuhause haben, tragen sie auch hier Socken, erklärt ihm eine Lehrerin.

Die Bildungsakteure und Betroffenen in Finnland sind sich einig, wenn sie feststellen: „Wir leben in einem gerechten Land.“ Sie alle glauben an faire, gerecht verteilte Start- und Bildungschancen. „Das Land scheint wirklich ein Vorbild zu sein“, resümiert Maurer seine Eindrücke. Die Finnen haben schon vor vierzig Jahren das Schulsystem abgeschafft, was bis heute in Deutschland existiert. Ihnen war es zu altmodisch und zu ungerecht. Es geht offensichtlich: Mit Bildung ist der sozialen Spaltung beizukommen. Die Finnen leben es vor.

Die Bildungsreise geht weiter

Die Frage, wie gerecht geht es zu in unserem Bildungssystem, beschäftigt den Journalisten auch bei seiner weiteren Recherche. Er besucht Menschen, die wie er, aus einer Arbeiterfamilie kommen. Für sein Buch hat Marco Maurer Leute getroffen, die es geschafft haben. Er berichtet vom slowakischen Kind von Einwanderern und heutigen Arzt, Jacek Cerny oder von Ex-Bahn-Chef Rüdiger Grube. Arbeiterkinder, die den akademischen Aufstieg schafften. Heute allesamt Akademiker, denen „ihre Herkunft dennoch anklebt wie alter Kaugummi am Schuh“, wie einer der Rezensenten schreibt.

Maurer reist nach London um Martin Roth, Direktor des renommierten Victoria and Albert Museum zu treffen. Das größte Museum für Design und Kunstgewerbe der Welt. Roths Vater war Elektriker, seine Mutter Änderungsschneiderin. Er sieht seine Bildungskarriere als Kampf, den er zwar gewonnen hat, aber einfach war es nicht. Wenn er in einem bürgerlichen Haushalt groß geworden wäre, mit all den Büchern, mit Eltern die zwei Sprachen sprechen und Debatten über Politik und Gesellschaft, dann wäre es sicherlich einfacher gewesen. Aber Aufsteiger haben

auch Vorteile, wie der Chef des Museums meint. „Wir sozialen Aufsteiger haben eine höhere soziale Kompetenz als andere.“

Maurer trifft in Stuttgart auf Thomas Berger, Beamter und Leiter der Abteilung Z im baden-württembergischen Innenministerium, drittichtigster Mann der Behörde. Sein Vater war Betriebselektriker und seine Mutter Fabriknäherin. Berger hatte nach der Grundschule, so wie Maurer auch, eine Empfehlung für die Hauptschule. Über den zweiten Bildungsweg machte er sein Abitur und ging dann zur Polizei, wegen der Sicherheit. „Unser Bildungssystem ist nicht so einladend, nicht so zugewandt, wie es sein müsste. In der vierten Klasse sei es unmöglich über die Zukunft eines Menschen zu entscheiden. Das System separiert Menschen frühzeitig und oftmals falsch.“

Im Schickimicki Stadtteil München-Schwabing besucht Maurer Thomas Sattelberger. Einst Personalchef der Lufthansa, der Deutschen Telekom und heute FDP-Parlamentarier im Deutschen Bundestag. Sattelberger, der aus einfachen, nichtakademischen, kleinbürgerlichen Verhältnissen kommt, setzt auf Vielfalt. „Er will Deutschland beibringen, seine Talente nicht zu vergeuden“, fasst der Journalist seine Eindrücke nach einem dreistündigen Gespräch zusammen. Geht es nach Sattelberger, der für seine Mission brennt, dann wird Deutschland offener, vielfältiger und gerechter. Menschen mit bildungsfernen Hintergrund hätten andere Kompetenzen „einen ungeheuren Lebensoptimismus, einen Willen, etwas aus sich zu machen, eine Frustrationstoleranz und vor allem unterschiedliche Problemlösungsstile“.

Manager Rüdiger Grube stammt aus einer Bauernfamilie. Die Eltern trennten sich als klein Rüdiger fünf Jahre alt war. Er kümmerte sich zusammen mit seinem Bruder um Schweine, Pferde und die Ernte. Für die Schule hatte er wenig Zeit. Er musste dazuverdienen. Als Berufsziel nannte Grube Pilot. Seine Tante ihm erzählte allerdings „Dazu brauchst Du Abitur. Das schaffst du nie“. Das war ein Signal, sein Berufsziel gefährdet, so konnte es nicht weitergehen: Der Bauernsohn wechselte daraufhin, gegen den Willen seiner Mutter, zur Realschule. Danach begann er eine Lehre als Flugzeugbauer.

Irgendwann fragte ihn sein Chef; Werner Blohm, nach seinen Zukunftsplänen. „Ich antwortete, dass ich gerne Pilot werden wollte oder ein Flugzeugbaustudium aufnehmen würde, mir aber das Geld dazu fehle.“ Grube bekam 300-D-Mark monatlich mit Rückzahlungsverpflichtung. Grube konnte an der Fachhochschule studieren. Nach einer Station als Berufsschullehrer an der Hamburger Gewerbeschule wechselte er mit 38 Jahren in die Industrie, wo er seinen Weg bis in den Vorstand machte.

Grube hat viel gemein, mit den anderen sozialen Aufsteigern. Er mag keine Hierarchien, er ist pragmatisch, unkonventionell, favorisiert andere Lösungswege. Er ist sensibel und konkret engagiert, wenn es um Lesekompetenz, die Unterstützung von Heimkindern oder um die Förderung von Hauptschülern geht. Dazu passt, dass Grube im Bewerbungsverfahren bei der Bahn bei den angehenden Azubis auf das Auswahlkriterium Schulnoten verzichtete oder mit „Chance plus“, einer berufsvorbereitenden Maßnahme, Menschen ohne Schulabschluss eine Chance gab. „Jungen Menschen muss eine Chance gegeben werden, unabhängig davon, wo sie herkommen.“ Auch nach seinem abrupten Weggang, hat beides noch Bestand.

Mein Fazit

Ja, „Du bleibst was du bist“ ist eine emotionale, manche sagen furiose Abrechnung, mit der Bildungsungerechtigkeit in Deutschland. Das Bildungssystem schafft es immer noch Arbeiterkinder, oder Kinder aus bildungsfernen Milieus, vom Aufstieg fernzuhalten. Deshalb ist Marco Maurers Buch auf 381 Seiten eine Anklage gegen diese für ihn falsche soziale Auslese und zugleich ein Plädoyer für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Es ist die traurige Chronik über ein Land, das Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern in den Siebziger und Achtzigerjahren des vorherigen Jahrhunderts, echte Aufstiegschancen bot. Inzwischen aber dieses große bildungspolitische Kapital verspielt hat.

Maurer plädiert für eine Schule, die allen Menschen eine breite Allgemeinbildung und damit maximale Chancen bietet. Für ein Lernen, in dem verschiedene Lebensstile und Meinungen aufeinandertreffen. „Kurzfristig würde das die Akzeptanz für andere Milieus erhöhen, und langfristig würden die Grenzen zwischen den Milieus aufweichen.“ Für diese Idee sucht und findet er Menschen, die, wie er, ihren Aufstieg durch Bildung geschafft haben.

Der Ansatz des Autors, seine eigene Geschichte zum Anlass und als Beispiel zu nehmen, macht das Buch ausgesprochen griffig. Es sind interessante Einblicke, die sich in einer Botschaft vereinen: Unser Land braucht mehr Bildungsgerechtigkeit.

Kronzeuge für diese Botschaft ist Ole von Beust, der in seiner Zeit als erster Bürgermeister von Hamburg eine Schulreform ansah. Die Hamburger Kinder sollten länger und gemeinsam lernen, wenigstens bis zur sechsten Klasse. Die Bildungselite der Stadt schaffte es diese Reform zu diskreditieren und letztlich auch zu verhindern. Dabei müssen gerade Menschen, die sich selbst am nächsten sind, „Interesse daran haben, dass die Gesellschaft nicht auseinanderfällt.“

Von Beust erzählt Maurer von den Banlieus in Marseille, Toulouse und Paris. Dort seien die Menschen auf die Straße gegangen, nicht, weil sie alle Gewalttäter seien, sondern weil sie sich ungerecht behandelt und von der etablierten Gesellschaft ausgegrenzt gefühlt hätten. Wollen wir solche Ausschreitungen auch in deutschen Großstädten, fragt der Ex-Bürgermeister. „Wir müssen uns um diese Menschen kümmern, sonst knallt bald der Laden.“

Noch ein notwendiger Nachtrag: Ob die Schulleistung in Deutschland immer noch besonders stark an die soziale Herkunft gekoppelt ist, wollte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erneut wissen. Deshalb gab sie eine Sonderauswertung der PISA-Daten aus dem Jahr 2015 in Auftrag. Aktuelles Ergebnis: Bei der Chancengleichheit liege Deutschland immer noch unter dem OECD-Durchschnitt. Eine hohe soziale Mischung und ein positives Klima an einer Schule können den Erfolg von Schülern aus bildungsfernen Elternhäusern begünstigen. Mehr Ganztagschulen, mehr gemeinsamer Unterricht mit bessergestellten Schülern und mehr frühe Bildung in den Kitas stützen den Trend.

(Hier der Link zur OECD-Studie: <http://www.oecd.org/berlin/presse/pisa-sonderauswertung-resilienz-29012018.htm>)

Die nordrhein-westfälische FDP-Schulministerin Yvonne Gebauer denkt ernsthaft darüber nach, ob es nicht besser sei, dass künftig nur noch die Lehrer und nicht mehr die Eltern entscheiden, ob ein Kind von der Grundschule aufs Gymnasium wechselt. Genau das hatte die Vorgängerregierung abgeschafft. Nun also sollen offenbar die Eltern erneut Zuschauern der Biografie ihrer Kinder sein.

*Marco Maurer: **Du bleibst, was du bist**, Warum bei uns immer noch die soziale Herkunft entscheidet, Droemer Knaur Verlag, München 2015, ISBN 9783426276334, Paperback, 384 Seiten, 18,00 EUR*